Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 45. Sonnabend, den 22. Februar 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Stille Arbeit.

Aus dem Reichstage schreibt man der „Frankf. Volksstimme“: Mehr als jemals geht in diesem Reichstage neben den politischen Debatten und Entscheidungen im Plenum eine sehr intensive wirtschaftliche und soziale Arbeit in den Kommissionen. Das kommt daher, daß die Sozialdemokratie nahezu ein Drittel der Sitze in allen Ausschüssen hat, daß sie mehrfach die Leitung der Kommissionen in der Hand hält, wie in der Petroleum- und der Staatsbürgerkommission, und daß viele unserer neugewählten Abgeordneten gerade außerordentlich fleißige und geschickte Mitarbeiter an solchen Detailberatungen sind. Darüber hinaus bedeutet aber die stille Arbeit der Sozialdemokraten auch politisch noch etwas: die Verdrängung des Zentrums aus seiner bisher vielfach maßgebenden Stellung in den Kommissionen. Das Zentrum hatte bisher durch seinen Arbeitseifer und seine Arbeitsgeduld in den Ausschüssen eine Macht, die über seine Abgeordnetenzahl hinausging. Man weiß, wie einflußreich Erzberger und seine Freunde auch dadurch geworden waren. Dieser Vorsprung ist jetzt von uns eingeholt, und selbst in der Budgetkommission, in der Erzberger persönlich sitzt, ist seine Stellung nicht mehr so stark, wie früher, obgleich das Zentrum so tut, als ob es gerade dort auf starke Kraftproben mit der Marine- und Heeresverwaltung hinarbeite. Offenbar ist das eben nur der Ausdruck seines Mißbehagens darüber, nicht mehr die stärkste Partei des Reichstages zu sein. Vielleicht erklärt sich daraus auch die offenbar andauernde Sucht des Zentrums, für eine Auflösung des Reichstages Stoff zu schafffen.

So erlitt das Zentrum dieser Tage in einer sozialen Frage von größter Wichtigkeit für die Angestellten eine schwere moralische Niederlage in der Kommission. Im Ausschuß für die Konkurrenzklausel hatte es sich durch seine starke Empfänglichkeit für Unternehmerklagen sehr weit nach rechts locken lassen und Vorschläge zum Schutz angeblicher Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, ja sogar bloßer Geschäftskniffe gemacht, die direkt aus der Küche des Zentralverbandes der Industriellen und der zünftlerischen Detaillistenvereine stammten und allgemeines Erstaunen und Ablehnung sogar auf der Regierungsseite hervorriefen. Inhalt und Formulierung waren so dehnbar und unbestimmt, daß mit der Annahme dieser Vorschläge die schlimmsten Konkurrenzklauseln für die Handlungsgehilfen gerechtfertigt und verewigt worden wären. Nach einer scharfen Kritik dieser versuchten Versündigung an den Interessen des Handelspersonals durch Sozialdemokraten und Liberale zog das Zentrum seine Vorschläge zurück. Aber der Eindruck blieb bestehen, daß es nur zu leicht dem Einfluß kleinlicher Unternehmerinteressen unterliegt und dabei taktisch nicht einmal sehr geschickt operiert. Die Beschränkung der Konkurrenzklausel auf das kleinste Ausmaß ist damit auch noch lange nicht erzielt. Insbesondere bleibt es bei der unsicheren Haltung der Liberalen noch höchst zweifelhaft, ob unsere Kommissionsmitglieder mit der von ihnen beharrlich geforderten Einführung einer Gehaltsgrenze für die Zulässigkeit der Konkurrenzklauseln, also mit dem Schutz wenigstens der gering Bezahlten vor der Einschränkung ihrer Gewerbefreiheit durchdringen. Aber das Verhältnis, das für die Angestellten in den Zentrumsanträgen gelegen hätte, ist doch abgewehrt und die Regierung hat mit Hilfe der Linken den schwarzen Versuchungen widerstanden. Das ist natürlich sehr ärgerlich und nicht sehr schmeichelhaft für die bis jetzt so einflußreiche Partei.

In der Petroleumskommission vollends erscheint das Zentrum völlig isoliert. Politische Freunde von ihm sitzen bekanntlich in der deutschen Verwaltung des amerikanischen Oeltrusts, und man hat es damit in Verbindung gebracht, daß Herr Gröber und seine Genossen sich fast grundsätzlich ablehnend gegen das Petroleummonopol verhielten. Gewiß — das Monopol darf etwa keine neue Steuerquelle für die Regierung werden, wie es unvorsichtigerweise Staatssekretär Kühn vor etwa einem Jahre in einer seiner ersten Finanzreden andeutete. Darin sind auch wir mit dem Zentrum einig. Hauptsache muß sein, daß dem deutschen Verbraucher billiges Brennöl gesichert und daß die Allmacht der Standardoilkompagnie gebrochen wird. Aber gerade nach der letztgenannten Seite will das Zentrum nicht recht mitmarschieren. Und so ist es gekommen, daß auch hier bei der Kommissionsarbeit unsere Fraktion an die führende Stelle rückte, ganz im Sinne der Ausführungen, die vor einigen Wochen an dieser Stelle gemacht wurden: Ablehnung der Bankherrschaft im Monopol, aber Aufbau einer einwandfreien, kaufmännischen Verwaltung mit volkstümlichen Zielen. Und so sind in der Kommission mit unseren, den freisinnigen und den konservativen Stimmen unsere Anträge durchgegangen: eine Vertriebsgesellschaft unter Aufsicht des Reiches, die den Zweck hat, die bureaukratische Beamtenwirtschaft zu verhüten, die aber gerade für den allgemeinen, nicht für den Nutzen von Interessenten arbeiten soll. Das Reich hat durch seinen Aktienbesitz 52 Prozent aller Stimmen in der Generalversammlung. In die übrigen Aktien können sich alle Interessenten teilen. Jeder ist willkommen, auch unsere Genossenschaften. Das Reich beherrscht also auch den Aufsichtsrat und die Geschäftsleitung, und mit ihm der Reichstag. Außerdem wird der Gewinn aus dem Geschäft in den Reichsetat eingestellt und unterliegt somit der Kontrolle und der Beschlußfassung der Volksvertretung. Es ist das erste Mal, daß eine solche Organisation mit so ausgesprochen geschäftlichem Charakter unter so starken Reichseinfluß gestellt und zur Durchführung einer großen wirtschaftlichen und sozialen Abwehraktion gegen das Großkapital gebraucht werden soll. Ohne unsere Mitarbeit und unseren Einfluß wäre diese Regelung undenkbar. Und umgekehrt sieht sich das Zentrum auch hier ganz zur Seite gedrängt.

Diese stille Arbeit wirkt also auch sehr stark politisch. Die Stimmung des Zentrums wird sie schwerlich verbessern. Aber nicht minder fraglich bleibt, ob sich die Reichsregierung dauernd mit ihr befreundet, dieselbe Reichsregierung, die in diesen Tagen durch Reden des Kaisers, des Reichskanzlers und aller kleinen Götter so tiefe Komplimente vor den preußischen Junkern und nebenbei auch vor der katholischen Kirche gemacht hat. Die letztere hat ja Wilhelm II. beinahe zu einer Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit eingeladen, als er den Kölner Erzbischof vereidigte. Nun fragt es sich, welche Kraft schließlich die stärkere sein wird: die antisoziale Tendenz der preußischen Feudalen, oder die soziale Tendenz, die wir allmählich in die Reichsgesetzgebung hineintragen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Reichseisenbahnamt.

Bei der Zerrissenheit der Verkehrseinrichtungen in Deutschland hat das Reichseisenbahnamt eine sehr prekäre Existenz. Es könnte aber immerhin den Kreis seiner Aufgaben einigermaßen erweitern, wenn es über die konkurrierenden Verwaltungen der einzelnen Staatseisenbahnen eine Art von Aufsichtsinstanz bildete und die schädigenden Eifersüchteleien, den dauernden Kampf, der sich unter ihnen abspielt, durch die Wahrung des großen allgemeinen Verkehrsinteresses auszugleichen vermöchte. Auch bei der sehr geringen Ausdehnung seiner Kompetenzen könnte das Reichseisenbahnamt so eine überaus nützliche Tätigkeit entfalten. Jedenfalls gibt es eine große Zahl wichtiger Fragen, denen es nach den Bestimmungen der Verfassung seine dauernde und tätige Aufmerksamkeit zuwenden soll.

Das ist bedauerlicherweise nicht der Fall, wenigstens lange nicht in dem Maße, das wünschenswert wäre. Vielleicht liegt das weniger an dem guten Willen der Männer, denen die Führung des Amtes übertragen ist, als an ihrer Tatkraft gegenüber der passiven und vielfach aktiven Resistenz, wie sie vornehmlich von der preußischen Eisenbahnverwaltung geübt wird. Das steht jedenfalls fest, daß das Reichseisenbahnamt nicht sehr viel von seinem Leben und Wirken merken läßt. Auch die diesjährigen Verhandlungen im Reichstag haben den Beweis dafür erbracht, daß fast auf allen Seiten gerade hierüber lebhafte Beschwerde geführt wird. Selbst der überaus geduldige Herr Schwabach, der Eisenbahnsachverständige der Nationalliberalen, hatte eine Reihe von Wünschen, die sich in dieser Richtung bewegen, und denen das Reichseisenbahnamt nur ein höchst ungenügendes Verständnis entgegenbringt. Die Hauptforderung der Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens findet bei der Regierung höchstens einiges theoretische Wohlwollen, das indessen federleicht wiegt gegenüber dem starken Widerstand, den die preußischen Konservativen leisten. Während Herr Schwabach für diese Reorganisation, allerdings unter gewissen Kautelen für die Einzelstaaten, eintrat, lehnte sie Graf Kanitz im Interesse der preußischen Finanzen schlechtweg ab. Herr Schwabach und ebenso der Fortschrittler Dr. Hähnle verlangten auch wiederum eine reichsgesetzliche Regelung der Dienstzeit des Eisenbahnpersonals, die die Regierung trotz des mehrfach geäußerten Wunsches des Reichstages bisher abgelehnt hat. Auch diesmal wandte sich Herr Wackerzapp, der Präsident des Amtes, gegen diese notwendige Reform unter der auffallenden Begründung, daß eine Überbürdung des Personals bereits jetzt ausgeschlossen sei, wobei er es sich mit der angeblichen Widerlegung der zahlenmäßigen Angaben unseres Genossen Hasenzahl überaus leicht machte.

Genosse Stolle behandelte in einer ausführlichen und gutdokumentierten Darlegung hauptsächlich die Untätigkeit des Reichseisenbahnamtes, seinen Mangel an Energie auf allen den Gebieten, auf denen die Verfassung und das Verkehrsinteresse eigentlich angestrengteste Arbeit von ihm verlangt. Der Fiskalismus mit all seinen verhängnisvollen Folgen für die Organisation der Betriebsmittel, das Tarifwesen, das sich heute noch um die Interessen von Handel, Industrie und Landwirtschaft so gut wie garnicht kümmert, die Zerfahrenheit und himmelschreiende Zersplitterung im ganzen deutschen Eisenbahnleben, die allzu preußische Behandlung des Personals — das sind die wichtigsten Gebiete, auf denen das Reichseisenbahnamt eine Wirksamkeit günstigster Art bisher noch immer nicht entfaltet hat! Der Präsident antwortete im Lauf der Debatte nur auf einen Teil der Darlegungen unseres Genossen, und auch dann nur mit allgemeinen Wendungen, die Argumente nicht zu ersetzen vermögen. Der Etat wurde schließlich erledigt, nachdem Genosse Fischer-Hannover noch die Einstellung von Wagen 4. Klasse in die Eilzüge verlangt hatte.

Die nächste Sitzung findet erst am Dienstag statt.

Die Beseitigung des Impfzwanges

fordern Massenpetitionen der Impfgegner, die am Donnerstag in der Petitionskommission des Reichstags zur Verhandlung kamen. Dieselbe Materie streifen auch zwei Resolutionen, die dem Reichstage vorliegen und in welchen die Einsetzung paritätischer Studienkommissionen, die sich zu gleichen Teilen aus Anhängern und Gegnern der Zwangsimpfung zusammensetzen sollen, gefordert wird. — Die Regierungsvertreter erklärten, daß die oft angeführten üblen Folgeerscheinungen nicht auf die Impfung selbst, sondern auf vielleicht vermeidbare Fehler bei der Impfung zurückzuführen seien. Der Reichsgesundheitsrat sei dabei, eine Kommission anerkannter Autoritäten einzusetzen, um nach dieser Richtung hin zu prüfen. Der Beseitigung des Impfzwanges würden die Verbündeten Regierungen den stärksten Widerstand entgegensetzen. — Die Vertreter der Sozialdemokratie und des Zentrums bedauerten diese schroffe Absage, die lediglich eine Verschärfung der Impfgegner-Agitation zur Folge haben würde. Vor allem sei der Gewissenszwang zu vermeiden durch Einführung einer Gewissensklausel in das Impfgesetz. — Die Konservativen verlangten Übergang zur Tagesordnung, doch wurde diese Anregung verworfen und mit großer Mehrheit beschlossen, die Petitionen dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, welche verlangen: 1. Einsetzung einer paritätischen Kommission; 2. die Impfung in den freien Willen des Einzelnen zu stellen; 3. die Gewissensklausel zur Einführung zu bringen; 4. den durch Zwangsimpfung an Leben und Gesundheit Geschädigten Schadenersatz zu gewähren; 5. den Gesetzen zuwiderlaufende Zwangsmaßregeln zum Zwecke der Impfung zu vermeiden.

Verteuerung der Rechtspflege.

Dem preußischen Staatsministerium ist, nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“, eine Novelle zur Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige zugegangen, die nach ihrer Durchberatung dem Bundesrat zur Beschlußfassung vorgelegt und dann dem Reichstage noch in dieser Session unterbreitet werden soll. In dem Entwurf ist eine Erhöhung der Gebühren für Zeugen und Sachverständige im Durchschnitt um fünfzig Prozent vorgesehen, und insbesondere sind auch Steigerungen der Sätze für den Aufwand und die Nachtquartiere vorgenommen, was den besonderen Wünschen der Interessenten aus Sachverständigenkreisen entsprechen dürfte. Im allgemeinen handelt es sich um die Heraufsetzung der Maximalsätze, und in der Hauptsache haben die Gebühren für Sachverständige eine Erhöhung erfahren. — Die vorgesehene Neuordnung wird eine ganz bedeutende Vermehrung der Kosten bringen, die sowohl der Staatskasse zur Last fallen als auch den Parteien im Zivilprozeßverfahren.

Preußischer Fiskus und Fahrkartensteuer.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt eine lange Darlegung in der bestritten wird, daß der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten der Aufhebung der Fahrkartensteuer geneigt sei. Aus Aeußerungen, die er in der Budgetkommission des preußischen Landtags gemacht hatte, mußte letzterer Schluß gezogen werden, und er ist auch allgemein gezogen worden. Das amtliche Dementier-Organ stellt demgegenüber fest:

„Der Minister hat lediglich erklärt, daß er eine Abänderung der heutigen Fahrkartensteuer für erwünscht halte, weil durch deren verfehlten Aufbau Abwanderungen von Reisenden in niedrigere Klassen — namentlich aus der ersten in die zweite Klasse — hervorgerufen

worden seien, die nur durch eine mehr gleichmäßige Verteilung der Steuer auf die drei oberen Klassen wieder rückgängig gemacht werden könnten. Damit verband der Minister die weitere Mitteilung, daß diese im Interesse einer besseren Verteilung der Reisenden auf die einzelnen Klassen erwünschte Maßnahme zurzeit leider nicht durchgeführt werden könne, weil einerseits das Reich außerstande sei, einer Minderung der Einnahmen aus der Fahrkartensteuer zuzustimmen, und weil andererseits im Reichstag wenig Stimmung dafür bestehe, die erste und zweite Klasse durch eine wenn auch noch so geringe Mehrbesteuerung der dritten Klasse zu entlasten."

Nicht eine Beseitigung dieser Verkehrssteuer wollte also der Minister, sondern eine Reform, und zwar mit dem Ziele einer stärkeren Belastung der minderbemittelten Schichten. Für einen solchen Wunsch ist der Reichstag allerdings — wenigstens vorläufig — nicht zu haben.

Der Zopf, er hängt uns hinten!

Dem Reichstage ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der eine Neufestsetzung der deutsch-böhmischen Grenze bei Hammerunterwiesenthal-Weipert zum Gegenstande hat. Es handelt sich dabei um den Austausch eines Areals im Umfange von insgesamt ganzen 720 Quadratmetern. Daß der Aufwand bureaukratischer Arbeit bei solch hochwichtiger Staatsaktion kein kleiner ist, versteht sich unter den heutigen Verhältnissen ohne weiteres von selbst, denn hüben wie drüben müssen „Unterhändler" resp. Bevollmächtigte ernannt werden, die den hochwichtigen Staatsakt „ratifizieren". In der Regierungsvorlage wird nun breitspurig mitgeteilt, daß der König von Sachsen den Grafen Rex, der österreichische Kaiser den Grafen Aehrenthal und den Freiherrn von Udynski zu Bevollmächtigten ernannt haben, deren Vor- und Zunamen, Orden und Ehrenzeichen auf 27 Druckzeilen aufgezählt sind.

Die unschuldigen 720 Quadratmeter Land, unter denen sich u. a. noch 170 Quadratmeter Bachbett befinden, haben vielleicht einen Wert von 500 Mk. Um dieses „Geschäft" abzuschließen, bedurfte es, wie man sieht, der Aufführung aller Titel, Orden und Ehrenzeichen der Herren Bevollmächtigten, denn offenbar hätte die Staatsaktion nicht die volle Geltung, wenn die staunende Mitwelt nicht erfahren hätte, daß Herr Kaspar v. Rex u. a. im Besitze des Großkreuzes mit goldenem Stern und dem grünen schmalgeränderten Bande des Albrechtsordens usw. sich befindet. Und da eifert man noch über die Beseitigung unnötigen Schreibwerks!

Protest gegen eine Kaiserrede.

Der Landwirtschaftliche Verein in Elbing hat dem Gutspächter Sohst, von dem der Kaiser im Landwirtschaftsrat erzählte, daß er ihn wegen Unfähigkeit „hinausgeschmissen" habe, ein Vertrauensvotum ausgestellt. Herrn Sohst wird von seinen Berufskollegen das Zeugnis eines vorzüglichen Charakters, sowie eines tüchtigen, praktischen und erfahrenen Landwirtes ausgesprochen, der sein Pachtgut mit Geschick und Erfolg bewirtschaftet hat. Das Vertrauensvotum schließt:

„In politischer Hinsicht gehört Herr Sohst der konservativen Partei an und ist von königstreuer Gesinnung. Die von höchster Stelle geäußerte ungünstige Beurteilung des Herrn Sohst bedauern wir tief, glauben indes, daß sie auf unrichtige Informationen zurückzuführen ist."

Der Bund der Landwirte hat noch nichts unternommen, um die Interessen seines so schwer angegriffenen Mitgliedes zu wahren.

Ein teures Osterei.

Mit Hochdruck wird jetzt für die neue Militärvorlage gearbeitet. Die bisweilen halbamtlich benutzten „Berliner Politischen Nachrichten" wissen zu melden, die Vorlage sei bereits so weit vorbereitet, daß **sie noch vor Ostern an den Reichstag gelangt.** Gleichzeitig wird schweres Geschütz gegen die liberale Presse aufgeführt, die an der Vorlage noch nicht kritiklos vorübergeht. Es heißt da:

„Wer sieht, wie einmütig die Presse aller bürgerlichen Parteien in Frankreich aus Anlaß dieser noch nicht einmal bekannt gewordenen deutschen Militärvorlage hochpatriotische Töne anschlägt und für weitere Heeresverstärkungen mit Nachdruck eintritt, kann sich des Gefühls tiefer Beschämung über einen Teil der deutschen Presse schwer erwehren. Denn bei uns steht die Sozialdemokratie in der Agitation gegen die in Aussicht stehende Heeresvorlage nicht allein, auch die bürgerlich-demokratische Presse ist eifrig bemüht, Stimmung gegen sie zu machen. Sieht man näher zu, welche Geister dort ihr Wesen treiben, so macht man eine ganz merkwürdige Entdeckung. Man erkennt nämlich, daß es vornehmlich verabschiedete, an der Majorsecke oder ähnlich gescheiterte Offiziere sind, die dort ihre Weisheit abladen und für 2½ bis 5 Doppelkronen nach Kräften flau machen. Daß sie mißgestimmt sind, weil die Heeresverwaltung von ihren Diensten nicht weiter Gebrauch machen konnte und ihnen der erträumte Marschallstab entgangen ist, ist erklärlich. Aber es ist doch ein starkes Stück, sich dazu herzugeben, die auf Erregung von Unzufriedenheit gerichtete demokratische Taktik mit dem Schein militärischer Sachkunde zu umkleiden und zu unterstützen, obwohl diese Herren doch gar nicht mehr in der Lage sind, die derzeitigen Bedürfnisse der Landesverteidigung richtig zu beurteilen. Das jedenfalls sollte sich doch auch der Leserkreis jener Presse sagen, daß die Kritik, die von solchen Männern an den Vorlagen der Heeresverwaltung geübt wird, nicht die für sie nötige Druckerschwärze wert ist."

Hand in Hand mit diesen Rüstungsenthusiasten geht natürlich Scherls „Lokalanzeiger". In einem Artikel wird sogar Stimmung dafür gemacht, daß der Reichstag zunächst die Militärvorlage beschließen und dann erst über die Deckungsfrage beraten soll. Bei der gegenwärtigen Situation in Europa müsse sofort gehandelt werden. — Natürlich: sobald die Vorlage beschlossen ist, müssen auch die Kosten gedeckt werden. Und die große Masse des Volkes muß wieder der leidende Teil sein!

Die „Kölnische Volkszeitung", das rheinische Zentrumsblatt, spricht sich in energischen Tönen dafür aus, daß erst für die Deckung gesorgt wird, ehe in der Heeresfrage endgültig Beschluß gefaßt wird. Es gehe nicht mehr an, daß das Ganze hinten gewirtschaftet wird, indem man nachher nicht mehr aus noch ein wisse. Auf keinen Fall könne von einer Reichs- und Vermögenszuwachssteuer die Rede sein. Der Regierung wird empfohlen, den Weg der Vermögenszuwachssteuer zu beschreiten. Ob das Zentrum im Reichstage diesen Standpunkt einnimmt und behaupten wird, steht auf einem anderen Blatte.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhause.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat am Freitag zunächst das vom Herrenhause in einigen Punkten abgeänderte Wassergesetz debattelos en bloc angenommen. Hierauf beriet das Haus eine Reihe kleinerer Vorlagen, darunter den Gesetzentwurf über den Ausbau der mittleren Oder. Die Vorlage wurde einer Kommission überwiesen, nachdem u. a. Genosse Leinert warm für die Interessen der kleinen Schiffer eingetreten war. — Weiter beriet das Haus einen konservativen Antrag, der die Regierung auffordert, in Zukunft alljährlich einen Fonds zur Unterhaltung der auf Bekämpfung des Kinderelends gerichteten charitativen Unternehmungen bereit zu stellen. Ein ganz ähnlicher Antrag war bereits von den Sozialdemokraten zum vorjährigen Etat gestellt, aber rundweg abgelehnt worden. Dieses heuchlerische Gebaren der Konservativen brandmarkte Genosse Hirsch, der sich im übrigen mit dem Grundgedanken des Antrages einverstanden erklärte, die Ursachen des Kinderelends untersuchte und die wohltätige Wirkung der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kinderschutzkommissionen hervorhob. Der Antrag wurde der Gemeindekommission überwiesen. — Nach Erledigung einer Reihe von Petitionen vertagte sich das Haus.

Aus dem Schwarzburg-Rudolstädter Landtag.

Der Schwarzburg-Rudolstädter Landtag beschäftigte sich zwei Tage lang mit einer neuen Bauordnung für das Fürstentum, die schließlich mit zahlreichen Abänderungsvorschlägen angenommen wurde. Die neue Bauordnung bringt für die Bevölkerung wesentliche Erleichterungen. Da ein Reichswohnungsgesetz in der nächsten Zeit nicht zu erwarten ist, wurde in die Bauordnung eine ganze Reihe zweckentsprechender Bestimmungen aufgenommen. — Am Schluß der öffentlichen Sitzung vom Freitag fragte ein bürgerlicher Abgeordneter an, was die Regierung im Bundesrat zur Aufhebung des Jesuitengesetzes zu tun gedenke. Der Staatsminister erklärte, die Regierung werde gegen die Aufhebung stimmen. Eine Besprechung dieser Angelegenheit fand nicht statt.

Zu einem Zusammenstoß zwischen der Linken und der Rechten kam es am Donnerstag, wo zwei bürgerliche Abgeordnete in einer ganz ungehörigen Weise die sozialdemokratische Parteipresse angriffen, ohne auch nur die geringsten Beweise für ihre Behauptungen beibringen zu können.

Die Landtagsersatzwahl in Teltow-Beeskow-Storkow.

Gewählt wurden von 560 neu zu besetzenden Mandaten 185 Liberale, 127 Sozialdemokraten und 125 Konservative als Wahlmänner. Es kommt zur Stichwahl zwischen Konservativen und Liberalen.

Frankreich.

Ein Manifest der französischen Sozialdemokratie gegen die Rüstungen. Der Vorstand der französischen sozialistischen Partei hat am Mittwoch folgendes Manifest veröffentlicht: „**Bedrohende Gerüchte gehen um. Während das Blut auf dem Balkan aufs neue fließt, und die rumänisch-bulgarischen und die russisch-österreichischen Rivalitäten von einer Minute zur anderen Verwicklungen herbeiführen können, die den Weltkrieg entfesseln würden, bemühen sich die Regierungen der großen Nationen Europas, ihre Angriffsmacht zu stärken. Und plötzlich werden uns die in Dunkel gefaßten Pläne enthüllt. Neben Oesterreich und Rußland, die nicht demobilisieren wollen, tritt Deutschland auf, um den Mannschaftsbestand seiner aktiven Armee von 650 000 auf 850 000 Mann zu erhöhen — kündigt die französische Regierung das Einbringen von Vorschlägen an, die darauf hinausgehen, die militärischen Lasten unseres Landes beträchtlich zu steigern. Wir wissen hier, daß unsere deutschen Genossen alles tun werden, was in ihrer Macht steht, um den chauvinistischen Wahnsinn ihrer Regierenden aufzuhalten. Sie werden wiederholen, was sie nie zu sagen aufhörten: „Für den Militarismus keinen Mann, keinen Pfennig." Uns Sozialisten Frankreichs liegt es unter diesen kritischen Umständen ob, ebenfalls unsere Pflicht zu erfüllen. Unsere Gewählten werden in der Kammer mit aller Kraft sich den außerordentlichen Militärkrediten entgegensetzen, die verlangt werden. Sie werden nicht zugeben, daß noch 500 Millionen den 1500 Millionen des Jahresbudgets des Heeres und der Marine hinzugefügt und der nationalen Arbeit abgenommen werden, um neue Waffen für das Blutgemetzel zu schmieden. Aber darauf darf sich unser Protest nicht beschränken. Es ist nicht nur das Geld der Arbeiter, das unsere vor Angst verwirrte oder provokatorische Kapitalistenklasse fordert: es ist ihr Fleisch! Unter dem Druck der wachsenden Demokratie hatte sie der Herabsetzung des Militärdienstes von drei auf zwei Jahre zugestimmt. Zur Stunde bedroht sie und ihre Regierung uns damit, die dreijährige Dienstzeit für alle Waffengattungen einzuführen. Welcher Wahnsinn! Niemals wird Frankreich infolge der Schwäche seiner Geburten eine so starke Kasernenarmee auf den Fuß stellen können wie seine Nachbarn im Osten. Auf diesem Gebiet ist es naturnotwendigerweise überholt und majorisiert. Was ist da zu tun? Wenn unsere leitenden Klassen sich des nationalen Interesses wirklich bewußt sind, so werden sie auf ein verurteiltes militärisches System verzichten und durch das Milizsystem, die allgemeine Volksbewaffnung, unserem Land eine Verteidigungskraft geben, die es unangreifbar machen und seine Sicherheit und Freiheit gegen alle Habgier sichern werden. Das ist die Lösung, die unsere Partei schon vorgeschlagen hat im Einverständnis mit der gesamten Internationale. Es ist diese Lösung, welche unsere Partei den elenden Lösungen der bürgerlichen Parteien und ihrer Regierung gegenüberstellen wird. Die permanente Verwaltungskommission zählt auf alle Federationen, auf alle Parteigruppen, um einen großen Feldzug in diesem Sinne zu unternehmen. Sie zählt auf sie, um alle Arbeiter von Stadt und Land zum Kampf gegen den bewaffneten Frieden zu veranlassen, wie sie gegen den Krieg gekämpft haben."**

Amerika.

Der Bürgerkrieg in Mexiko. Die Gruppe Diaz-Huerta hat jetzt das Heft in Händen. Trotzdem ist noch keine Ruhe eingetreten. Nach einer Meldung aus Mexiko rüsten jetzt die Zapatisten zu einer Kampagne gegen die neue Regierung. Es wird gemeldet, daß eine kleine Abteilung Aufständischer sich in der Nähe der Hauptstadt befinde, und Regierungstruppen gegen sie ausgesandt seien. Einer unbestätigten Nachricht zufolge soll Cuernavaca, etwa 90 Kilometer südwestlich der Hauptstadt, in die Hände Zapatas gefallen sein.

Die genauesten jetzt erhältlichen Schätzungen der Verluste geben die Zahl der Toten auf etwa 3000 an, von denen die Mehrzahl Privatpersonen, Frauen und Kinder sind. Die Verwundeten werden auf 7000 angegeben. In vielen Fällen sind ganze Familien durch explodierende Granaten und durch das Maschinengewehrfeuer getötet worden. Vielfach liegen verkohlte Leichen auf Abfallhaufen, die Feuer gefangen haben.

Ein Telegramm aus der Stadt Mexiko teilt mit, Huerta habe an die Gouverneure der Bundesstaaten telegraphiert, sie hätten ihn bei Todesstrafe anzuerkennen. Dennoch hätten, wie ernsthafte Berichte aus dem Norden melden, die Gouverneure von Aguas Calientes, Coahuila, Huevioleon und Sonora die Anerkennung abgelehnt. Wenn diese Berichte sich bestätigen, würden Bundestrupen gegen sie gesandt werden.

Der amerikanische Staatssekretär Knox beauftragte den Botschafter Wilson, Huerta gegenüber anzudeuten, daß Amerika ernstlich gegen die summarische Hinrichtung oder Verurteilung Maderos aus Gründen der Humanität opponiere.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, 22. Februar.

Mehr Rückgrat! Durch unsere Parteipresse geht folgender beachtenswerte Artikel:

Es kommt nicht selten vor, daß Arbeiter bei der Redaktion des Arbeiterblattes vorsprechen und erbittert über die Art und Weise klagen, wie sie von den Arbeitgebern oder den vorgesetzten Beamten behandelt werden. Im Anschluß daran wird eine öffentliche Rüge von dem Arbeiterblatt gefordert. Auf die Frage, was denn derjenige, der von seinem Arbeitgeber oder Vorgesetzten grob und beleidigend behandelt wurde, demgegenüber getan habe, ertönt nicht selten die Antwort: nichts! Das ist ein erheblicher Mangel an Selbstbewußtsein. Gewiß sollen die unangemessen Behandelten nicht etwa wieder schimpfen oder in der Erregung zu irgendeiner Unbesonnenheit sich hinreißen lassen; damit setzen sie sich lediglich ins Unrecht und schaden sich unter Umständen meistens noch empfindlich. Aber sie hatten die Pflicht, sich eine ungehörige Behandlung auf der Stelle energisch zu verbitten.

Mangel an Rückgrat ist es auch, wenn ein Arbeiter Mißstände in einem Betrieb erst dann entdeckt, wenn er diesen aus irgendeinem Grunde schon verlassen hat. Wer den Mut zur Kritik erst dann findet, wenn er den kritisierten Zuständen entronnen ist, bringt sich sehr leicht in den Verdacht, daß der Zweck seines Tuns nicht die Abhilfe der gerügten Zustände, sondern Rache ist. Jeder, insbesondere der organisierte Arbeiter hat die Pflicht, die Beseitigung grober Mißstände sofort anzustreben, sobald er davon Kenntnis erhält. Das Arbeiterblatt kann und soll zur Kritik in der Oeffentlichkeit erst dann in Anspruch genommen werden, wenn andere Mittel nicht angewandt werden können oder versagt haben. Auf keinen Fall darf es benutzt werden, daß Verärgerte an einem Unternehmer oder Vorgesetzten ihr Mütchen kühlen.

Mehr Rückgrat ist ferner zu fordern gegenüber dem Bestreben der Arbeitgeber, die Arbeiterschaft durch direkte oder indirekte Anwendung von Zwangsmitteln in die gelben Reihen zu treiben, oder von den freigewerkschaftlichen Organisationen fernzuhalten. Wenn irgendein Dreiviertel-Invalide der Organisation fernbleibt, ist das nicht verwunderlich, ihm kann man darob keinen großen Vorwurf machen; wenn aber vollkräftige tüchtige Arbeiter im besten Alter sich aus ängstlicher Rücksichtnahme und in der Befürchtung, dem Arbeitgeber könnte das nicht willkommen sein, der Organisation fernbleiben, so ist das eine Angstmeierei, die hart an Jämmerlichkeit grenzt. Der jetzt so modern gewordene Vorbehalt, daß man ja doch — denken könne, was man wolle, ist nur ein recht fadenscheiniges Mäntelchen für ein solch rückgratloses Verhalten. Diese Art von „Freiheit" besaß auch der Sklave längst vergangener Zeiten.

Darum sollte jeder, der noch nicht in die Reihen der kämpfenden Arbeiterschaft eingetreten ist, in sich gehen und nachdenken, ob er nicht als gerader und selbstbewußter Mensch, als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft, die Pflicht hat, gerade dort Rückgrat zu zeigen, wo er als Hauptfaktor auftritt und für andere Werte schafft! Keine Krafthuberei, die zuweilen bei lange geschundenen und gedrückten Menschen als Reaktion aufzutreten pflegt und in diesem Falle verständlich ist, fordern wir, sondern selbstbewußten Stolz, der sich gegen unwürdige Zumutungen und beleidigende Geringschätzung aufbäumt und sich in ehrlicher Entrüstung unerschrocken und kaltblütig Genugtuung verschafft!

Die Bürgerschaft wird sich am kommenden Montag nochmals mit der Nachbewilligung für das Stadttheater zu beschäftigen haben, denn die versehentlich unterlassene Gesamtabstimmung über die bereits Montag verabschiedete Vorlage soll gleich zu Beginn der Sitzung vorgenommen werden. Weiter ist noch auf die Tagesordnung gesetzt worden der mündliche Bericht der Kommission zur Prüfung des Senatsantrages, betr. Errichtung dreier neuer Oberlehrerstellen an der Realschule zum Dom. Von der Tagesordnung abgesetzt wurden die Vorlagen, betr. Abänderung des Artikels 46 der Verfassung und betr. Errichtung eines Asyls für Obdachlose, sowie einer Kinder- und Wöchnerinnenstation.

Die geplante Belastung der werktätigen Bevölkerung Lübecks mit einer Sondersteuer soll am Montag abend in der Bürgerschaft verabschiedet werden. In der bürgerlichen Presse hat man bisher noch immer mit keinem Wort zu der Sache Stellung genommen. Dieses Schweigen ist beredt; es zeigt, daß man, da man keine stichhaltigen Gründe für das beabsichtigte Steuerunrecht anführen kann, einfach durch Stimmabgabe die Sache zu machen gedenkt. Wenn sich die Herren dabei nur nicht in die Finger schneiden.

mh. **Neuere deutsche Dichter.** Volksbildungskursus im Johanneum. Nachdem Herr Prof. Anthes in seinen beiden ersten Vorträgen die Lyrik der Neuzeit gestreift hatte, ging er in seinem dritten Vortrag auf die erzählende Dichtung, den Roman, über. Im Jahre 1882 kehrte ein deutscher Dichter namens Georg Conrad, der längere Zeit in Paris geweilt hatte, nach München zurück. Er hatte eine Menge französischer Kunst studiert und war von den bahnbrechenden Werken

Emile Zolas begeistert. Nun wollte Conrad auch in Deutschland diese neue Richtung in der Kunst ins Leben rufen. Er gründete deshalb am 1. Januar 1885 eine realistische Wochenschrift „Die Gesellschaft". Eine ganze Reihe von Jahren hindurch war sie der Schauplatz der Kämpfe um den Naturalismus. Zola, der große Anreger und das Vorbild kam, als er eine Reihe romantischer Erzählungen verfaßt hatte, durch seine Tätigkeit als Kritiker auf den Gedanken, eine Dichtkunst ins Leben zu rufen, die sowohl in Zweck als auch in Mitteln anders wäre als die bisherige. Im Jahre 1886 reifte in ihm der Plan, einen großen Zyklus von 20 Romanen zu schreiben, der die Naturgeschichte einer Familie unter dem Gesetze der Vererbung und dem Einfluß der Umgebung durch fünf Generationen darstellen sollte. Er bewies durch dieses Werk, daß er neben dem naturwissenschaftlichen Geist, den er vom Vater geerbt hatte, ein gewaltiges Temperament besaß. „J'accuse, ich klage das ganze Zeitalter an", klingt immer wieder aus seinen Schilderungen heraus. Conrad entschloß sich, nach dem Vorbilde Zolas, auch einen Zyklus zu schreiben. „Was die Isar rauscht" betitelte sich das aus drei Bänden bestehende, jetzt längst vergessene Werk. Ein erfolgreicherer Dichter ist Max Kretzer. Im Hintergrund seiner Romane tauchen die dunkelsten Winkel der Großstadt mit all ihrer Armut und ihrem Elend auf. Seine beste Leistung ist der Roman „Meister Timpe", der den Untergang des kleinen Handwerkers unter der Konkurrenz der Fabrik darstellt. (Der „Lübecker Volksbote" hat diesen Roman seinerzeit abgedruckt. D. Red.) In seinem Roman „Das Gesicht Christi" rüttelt er an dem Gewissen des vergangenen Jahrhunderts. Durch eine Vorlesung aus „Ein Tal" gab der Vortragende eine Probe von der Auffassung des Naturalismus durch Arno Holz und Schlaf. Zwei weitere ausländische Anreger, die Einfluß auf die deutsche Literatur hatten, waren die Russen Tolstoi und Dostojewski.

Handelsregister. Am 20. Februar 1913 ist eingetragen 1. bei der Firma Aktien-Bierbrauerei Lübeck in Lübeck: Die Vertretungsbefugnis des J. C. M. Rohde und des C. F. A. Müller in Lübeck ist beendigt. Als alleiniges Vorstandsmitglied ist bestellt der Brauereidirektor K. Th. Kunze in Lübeck; 2. bei der Firma Lübcke & Nöhring in Lübeck: Dem Buchhändler C. H. A. Sparkuhl in Lübeck ist Prokura erteilt; 3. bei der Firma Wilhelm E. J. Wengenroth, Lübeck: Die Firma ist erloschen. Am 21. Februar 1913 ist eingetragen bei der Firma Hüxtertor-Vorstadt, Terraingesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck: Die Vertretungsbefugnis der Geschäftsführer W. Hellmann und H. Soroe ist beendigt. Zu neuen Geschäftsführern sind J. F. Beuthin und H. G. F. von der Lippe, beide in Lübeck, bestellt.

Das 24. Stiftungsfest der Lübecker Genossenschaftsbäckerei wird am Montag, dem 24. Februar, im Gewerkschaftshaus begangen. Hervorragende Künstler des Neuen Stadttheaters, die ausgezeichnete jugendlich-dramatische Sängerin Frau Tilly Schmidt, die hier als „Carmen", „Maliella", „Mignon" usw. große Erfolge erzielte, sowie die Herren Brunow, Heydecker und Weichert haben sich in liebenswürdiger Weise zur Mitwirkung bereit erklärt, und so wird der erste Abschnitt des Festes, das in zwei Teile zerfällt, ein durchaus künstlerisches Gepräge tragen. Darauf folgt ein flotter Ball. Der Preis der Eintrittskarte für Herren beträgt 70 Pfg. und ist in Anbetracht des Gebotenen als ein mäßiger zu bezeichnen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Die Wiederholung des „Nibelungen-Ringes" nimmt mit der „Rheingold"-Aufführung ihren Anfang. Wie schon mitgeteilt wurde, findet die Wiederholung außer Sonderabonnement und nunmehr auf drei Wochen verteilt statt. Am Donnerstag schließt sich „Die Walküre" an. Für diese und die „Figaro"-Aufführung am Freitag ist es der Direktion geglückt, eine hier in bester Erinnerung stehende Künstlerin, Frau Marie Bartsch-Jonas vom Stadttheater in Brünn, zu gewinnen. Für Mittwoch kehrt die Posse „Bummelstudenten" wieder, die mit ihrem urkomischen Humor und gefälligen musikalischen Einlagen wie kaum ein anderes Werk dieser Art unterhält und immer wieder zu neuem Beifall hinreißt. — Die Abonnementskarten für März bis Mai können jetzt an der Kasse in der Zeit von 11—2 Uhr eingelöst werden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Aus dem Spielplan für die kommende Woche sei besonders die schon angekündigte Aufführung des Schauspiels „Frau Juttas Untreue" von dem einheimischen Verfasser Otto Anthes am Dienstag ,dem 23. ds. Mts. hervorgehoben. Die hochinteressante Dichtung hat nach ihrer Uraufführung an der Neuen Wiener Bühne in diesem Winter auch an den Stadttheatern in Düsseldorf und Duisburg große Erfolge errungen.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Morgen, Sonntag, beherrscht der Humor den Spielplan. Nachmittags 3½ Uhr geht bei 50 Pfg. Einheitspreis der Schwank „Die abgetretene Frau" in Szene, während abends die an komischen Situationen reiche Schwanknovität „Die Doppel-Ehe" gegeben wird.

Hansa-Theater. Man schreibt uns: Sonntag abend 8¼ Uhr gelangt „Rund um die Alster" mit den Gebr. Wolf in den Hauptrollen bereits zum 23. Male zur Aufführung und hat bisher seine große Zugkraft noch nicht eingebüßt. Donnerstag findet eine große Abschiedsvorstellung statt, zu welcher sich wohl alle Freunde der Gebr. Wolf einfinden dürften, denn es könnte wohl das letztemal sein, wo die Gebr. Wolf vor das Lübecker Publikum treten, da sie ab 1. Juli nach Berlin, Metropoltheater, auf mehrere Jahre verpflichtet sind. Der Vorverkauf hat bereits bis Schluß des Gastspiels begonnen.

Kücknitz. Eine Volksversammlung findet am morgigen Sonntag nachmittag 4 Uhr im Lokale des Herrn Dieckelmann in Kücknitz statt. Genosse Stelling-Lübeck wird über die Lübecker Kommunalpolitik und die Sozialdemokratie referieren. Die Einwohner von Kücknitz und Umgegend werden um zahlreiches Erscheinen ersucht.

Schwartau. Das Gewerkschaftskartell macht bekannt, daß die Vergnügungen der Vereine und Verbände beim Vorsitzenden des Vergnügungsausschusses H. Nehlsen, Rensefeld, Lindenstr. 69, anzumelden sind.

k. **Gnissau.** Feuer. Freitag morgen um 6 Uhr brannte die mit Stroh gedeckte Kate der Witwe des Maurers A. Krambeck nieder. Mitverbrannt sind die Sachen des Zimmerers H. Ladewig und des Arbeiters A. Knoop. Knoop ist leider nicht versichert. Witwe Krambeck wollte den 24. ds. M. mit ihren beiden Kindern nach Amerika auswandern. Leider herrscht hier eine Wohnungsnot, sodaß zwei Familien, die die Wohnungen gemietet hatten, zum 1. April hier keine Unterkunft finden können. In 20 Jahren sind allein im Dorfe Gnissau 42 Wohnungen eingegangen.

B. **Eutin.** Der Eroberung des Frauenwahlrechts, der besten Waffe der Arbeiterinnen im Kampfe ums Dasein, dienen die Versammlungen, die Anfang März überall abgehalten werden. Die Gleichberechtigung der Frauen gilt es zu erreichen. In Eutin findet am Sonnabend, dem 1. März, abends 8½ Uhr, im Lokale Paul Schröder eine öffentliche Volksversammlung statt, in der die Genossin Steinbach-Hamburg zu den Eutinern sprechen wird über das Thema „Die Frauen fordern ihre Gleichberechtigung". Es ist jedermanns Pflicht, schon jetzt für diese hochwichtige Versammlung zu agitieren, damit am kommenden Sonnabend kein Mann und keine Frau fehlt. Saget den Frauen, daß sie lange genug die Rechtlosigkeit hinnehmen mußten, und daß sie Ursache haben, vollzählig in dieser Versammlung zu erscheinen.

B. **Eutin.** Bürgerliche Wünsche . . . „im Interesse der Gemeinde Eutin" — „um das Wirtschaftsleben zu heben". Das Fähre-Projekt bietet für Eutin große Vorteile, eine elektrische Zentrale ist sehr rentabel, aber was allem die Krone aufsetzen wird, das ist und bleibt die Herlegung von Militär nach Eutin, und da darf keiner beiseite stehen. Alle Bürger — Handwerker haben einen großen Vorteil von einer Garnisonstadt! So redet man in bürgerlichen Kreisen. Die Lasten und Nachteile einer Garnison scheint man nicht genügend unter die Lupe genommen zu haben. Man rechnet auf Heeresvermehrung, rechnet auf ein Bataillon für Eutin und glaubt auch, daß diesbezügliche Eingaben an zuständiger Stelle Gehör finden. Ja ein Uebriges wird noch der Reichstagsabgeordnete für diesen Kreis in Berlin tun, wofür er dann der Stimmen des Dankes bei der nächsten Reichstagswahl sicher zu sein hofft. Hurra! Vielleicht kommt es aber auch ganz anders.

Hamburg. Die Bürgerschaft erledigte Donnerstag in fünfstündiger Sitzung, die bis nach Mitternacht dauerte, die Budgetberatung. Beim Kapitel Polizeibehörde gab es scharfe Debatten. Genosse Krause brandmarkte das Spitzelunwesen. Was hier die Polizei in Belästigung anständiger Bürger leistet, das unterläßt sie bei anderen Gelegenheiten, wo ihr Einschreiten wirklich angebracht wäre. So beim Kinderschutz, den Genosse Hoffmann, beim Unfug mit Schießwaffen, den Genosse Bartels zur Sprache brachte. Genosse Stoltens scharfe Zurückweisung der neuesten Polizeipläne zur Unterbringung von Prostitutionskasernen in Arbeiterwohnvierteln entsprach dem Unwillen, der über diese Pläne in der Bevölkerung herrscht. Für unbeschränkte Freiheit des Radfahrerverkehrs trat Genosse Eiffe ein. Bei den Krankenanstalten, beim Werk- und Armenhaus gab es erneute Debatten. Die schlimmen Mißhandlungen, denen Hamburger Waisenkinder in auswärtigen Lehrstellen ausgesetzt waren, machte Genosse H. Stubbe zum Gegenstand seiner eingehenden Kritik. Zum Schluß bot die aufs neue aufgeschobene Reform der Landgemeindeordnung einer großen Anzahl von Rednern Anlaß zu sehr berechtigten Klagen. In der Schlußabstimmung über das Gesamtbudget stimmte die sozialdemokratische Fraktion dagegen.

Wilhelmshaven. Ein hoher Strafantrag wegen Streikvergehen. Bei den Straßenarbeiten für die Anlage der elektrischen Bahn in Wilhelmshaven kam es wegen Lohndifferenzen zu einem Streik. Im Verlaufe des Streiks sollten die Arbeiter Paschek und Behringer aus Rüstringen Arbeitswillige genötigt haben, am Streik teilzunehmen; sie sollten außerdem Hausfriedensbruch verübt und einen Schachtmeister durch Drohungen zum Meineid zu verleiten versucht haben. Die zwei Angeklagten hatten sich dieser Straftaten wegen vor der Strafkammer in Aurich zu verantworten. Die Verhandlung gestaltete sich sehr umfangreich. Nicht weniger als 30 Zeugen waren geladen, deren Aussagen aber meist günstig für die Angeklagten ausfielen. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt gegen die beiden Angeklagten eine Strafe von je 1½ Jahren Zuchthaus. Das Gericht kam aber zu einem Freispruch mit der Begründung, daß der ganze Sachverhalt nicht genügend geklärt erscheine. Ein Zuhörer, der das Urteil mit einem Freudenruf aufnahm, mußte dafür eine 24stündige Haftstrafe hinnehmen.

Schwerin. Zur Verfassungsangelegenheit meldet das Wolffsche Bureau aus Neustrelitz: „Zu einer Meldung aus Schwerin, daß die mecklenburgische Regierung beabsichtige, die neue Verfassungsvorlage mit Hilfe der Ritterschaft und zuungunsten der Landschaft einzubringen, teilt die „Landeszeitung" mit, daß, soweit sie an zuständiger Stelle feststellen konnte, der Regierung von diesem Plan absolut nichts bekannt ist." — Et bliwt alles bi'n ollen! Die Ritter für die Oktroyierung einer Verfassung, das hätte auch ein zu komisches Bild geboten!

Marne. Tödliche Unglücksfälle. Ein Schüler aus Marne-Neuenkoogs betrat das junge Eis einer Wasserkuhle, brach ein und ertrank. Die von einem Arzt angestellten Wiederbelebungsversuche waren ohne Erfolg. — Der Schiffsjunge des Schiffers Hamann in Neufeld wurde in der Kajüte entseelt aufgefunden. Der Tod war durch Oxydgasvergiftung, verursacht durch einen schadhaften Schornstein, eingetreten.

Oldenburg. Die Finanzlage in Oldenburg. Die Regierung hat dem Landtage ein Finanzexposé vorgelegt, aus dem hervorgeht, daß angesichts der unumgänglich notwendigen Projekte und trotz lebhafter wirtschaftlicher Entwicklung und einer beträchtlichen Steigerung der Einkommen- und Vermögenssteuer ein laufendes Defizit von 1 124 000 Mark vorhanden ist. Nicht in letzter Linie ist das eine Frucht der wahnwitzigen Rüstungs- und Verschwendungspolitik des Reiches, bei der die Matrikularbeiträge seit 1906/07 von 40 Pfg. auf etwa 80 Pfg. pro Kopf für die Bundesstaaten gestiegen sind! Die Regierung kommt in ihrer Darstellung zu dem Schluß, daß zur Deckung des Defizits eine Erhöhung der Einkommen- und Vermögenssteuer um rund 25 Prozent nötig wäre! Was das bedeutet, kann man daran ermessen, daß in Oldenburg Einkommen bereits von 400 Mark an besteuert werden und die Steuerschraube kaum irgendwo anders als hier so scharf ansetzt. Die Regierung scheut denn auch selbst davor zurück, im Zeichen der chronischen Fleisch- und Lebensmittelteuerung eine derartige, geradezu aufreizend wirkende Maßnahme zu ergreifen. Sie schlägt vor: 1. Die Eisenbahnüberschüsse statt mit 900 000 Mk. mit 1 000 000 Mk. heranzuziehen; 2. die Vermögenssteuer für die größeren Vermögen progressiv bis auf 2 ‰ zu erhöhen; 3. die Beihilfen des Staates zu den Volksschullehrerbesoldungen zu ermäßigen und den Gemeinden statt des Betrages der achtmonatlichen Einkommensteuer die die neunmonatliche übersteigenden Besoldungsausgaben zu ersetzen. Die „Sanierung" soll also auf Kosten des Volksschulwesens und auf Kosten der Gemeinde geschehen. In erschreckender Weise wird hier ein Bild des Finanzelends als die hauptsächlichste Folge der Lotterwirtschaft des Reiches im Zeichen des imperialistischen Rüstungswahnsinns gezeichnet.

Spielplan des Neuen Stadttheaters, Lübeck.

Vom 23. Februar bis 2. März 1913:

Sonntag, 23. Februar, nachmittags 3 Uhr: Gastspiel Martha Weber vom Stadttheater in Kiel: „La Traviata", Oper von G. Verdi. Abends 7½ Uhr: „Fra Diavolo", komische Oper von Auber. — Montag, 24. Februar: „Das Rheingold", von R. Wagner. — Dienstag, 25. Februar: „Frau Juttas Untreue", Schauspiel von Otto Anthes. — Mittwoch, 26. Februar: „Bummelstudenten", große Posse von Pohl u. Wilken. — Donnerstag, 27. Februar: Gastspiel Maria Bartsch-Jonas: „Die Walküre", von Richard Wagner. — Freitag, 28. Februar: Gastspiel Maria Bartsch-Jonas: „Figaros Hochzeit", Oper von Mozart. — Sonnabend, 1. März: „Wehdem, der lügt", Lustspiel von Franz Grillparzer. — Sonntag, 2. März, nachm. 3 Uhr: „Hanneles Himmelfahrt", eine Bühnendichtung von Gerhart Hauptmann. Abends 7½ Uhr: „Margarethe", Oper von Ch. Gounod.

Literarisches.

Führer durch das Versicherungsgesetz der Angestellten. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H., Berlin. Preis 40 Pfg. Der Schaffung und der Veränderung sozialpolitischer Gesetze pflegt prompt im Vorwärts-Verlag ein Führer durch das neue oder veränderte Gesetz zu folgen. So hat der Verlag jetzt einen Führer durch das Versicherungsgesetz für Angestellte herausgegeben, womit er ohne Frage einem Bedürfnis entgegenkommt. Solcher Führer sind zwar schon mehr auf dem Markt, aber von ihnen allen unterscheidet sich der vorliegende dadurch, daß nicht nur das Gesetz, sondern auch die bisher erlassenen Ausführungsbestimmungen herangezogen und eingehend gewürdigt worden sind. So kommt es, daß er weit besser informiert als eine Textausgabe des Gesetzes. Die zurzeit strittigste Frage, die der Versicherungspflicht, wird z. B. auf nicht weniger als 12 Seiten behandelt. Die Frage, wie die Beiträge zu entrichten sind, wird durch die Bekanntmachung der Reichsversicherungsanstalt vom 24. Mai 1912 und sich daran anknüpfende Erläuterung beantwortet usw. Eingehend werden natürlich auch die Leistungen der Versicherung behandelt; dieser Teil enthält eine sicherlich willkommene Rententabelle. Ebenso eingehend wird das Verfahren geschildert; bei der Darstellung des Versicherungsträgers und des Renten-Feststellungsapparates informiert eine Darstellung des bei der Wahl der Vertrauensmänner zur Anwendung kommenden Verhältniswahlsystems ganz vorzüglich. Alles in allem: Es dürfte kaum eine Frage geben, die der Führer nicht ausführlicher beantwortet als das Gesetz selbst. Zu haben ist der Führer in allen Partei-Buchhandlungen.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 21. Februar.

Auftrieb 5030 Schweine. Markt lebhaft.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 76,— bis 77,— (61,— bis 61,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 75,— bis 76,— (60,00 bis 61.00 Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 76,00 bis 76,50 (59.50 bis 60,00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 75,— bis 76,00 (59.50 bis 60,00 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 70,— bis 74,— (53,00 bis 56.00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 74,— bis —,— (58.50 bis 59,—) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 68,— bis 73,— (53,00 bis 57,00) Mk.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 21. Februar.

1. Qualität	143—147 Mk.
2. „	129—135 „
Ferner	
Fehlerhafte und ältere Bauernbutter	— „
Russisch-Sibirische I. Qualität, verzollt	128—132 „
do. II. do.	118—127 „

Briefkasten.

Th. W. Wenn die Strafmandate zu Unrecht erfolgt sind, so müßt Ihr richterliche Entscheidung beantragen. Für die Zeitung ist die Notiz so nicht geeignet.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Unserer heutigen Auflage liegt ein Prospekt der Tuchfabrik von Lehmann u. Aßmy, Spremberg, bei.

Preiswerte Schuhwaren!

Nur gute Qualitäten! | Günstige Kaufgelegenheit für Konfirmanden! | Vorzügliche Passform!

Damen-Schnürstiefel Rindbox und Chromleder . . . . . Paar **6.50**

Damen-Schnürstiefel Boxkalf und Chromleder . . . . . Paar **7.25**

Damen-Schnürstiefel Rindbox und Chevreau . . . . . Paar **8.50**

Damen-Schnürstiefel Boxkalf und Chevreau . . . . . Paar **10.50**

Annahme sämtlicher
Schuh-Reparaturen
Billige Preise. Prompte Lieferung.

Burschen-Stiefel Roßleder, genagelte Sohlen . Paar **4.90**

Burschen-Stiefel Rindbox und Boxkalf **6.75**
10.50 9.50 8.50 7.50

Kinder-Schnürstiefel
Rindbox

Größe	31/35	27/30	25/26	23/24
	5.40	4.75	4.25	3.75

Kinder-Schnürstiefel
Boxkalf

Größe	31/35	27/30	25/26	20/24
	6.90	6.30	4.75	4.25

Herren-Schnürstiefel Wichsleder, breite Form . . . . . Paar **6.50**

Herren-Schnürstiefel Rindbox, moderne Form . . . . . Paar **7.25**

Herren-Schnürstiefel Boxkalf und Roß-Chevreau . . . . . Paar **8.50**

Herren-Schnürstiefel Boxkalf und Chevreau . . . . . Paar **10.50**

Schuh-Creme vorzügl. Qualität
Marke „Primus" Dose 15 ₰ ½ Pfd. 48 ₰ 58 ₰
Marke „Sirocco" Dose 20 ₰

Rudolph Karstadt.

1317)

Zur Konfirmation

empfehle sehr preiswerte 1331
schwarze und farbige Kleiderstoffe.
Schwarze, blaue u. marengo-Anzüge
von 12.50 bis 32.— Mk. — Rote Rabattmarken.
Ernst Diederichs, Brockesstraße 25, Ecke Warendorpstr.

Schuhwarenhaus Helene Kröger, Beckergrube 33,
Ecke Fünfhausen.
Günstige Einkaufsgelegenheit für Herren-, Damen- und Kinderschuhwaren jeder Art.
1329 Der Konkursverwalter.

Betten-Duve liefert bestens und billigst. 102 Gr. Burgstr. 32.

Frister & Rossmann-Nähmaschinen. 1333
Sticken u. Stopfen. Nähen vor- u. rückwärts. Über 1½ Millionen im Gebrauch. Auf Wunsch gegen Wochen- oder Monatsraten.
Generaldepot: Gust. Kath, Sandstraße 14.

Hintze & Stech

Größte Möbelfabrik Lübecks
empfehlen 382
Wohnungseinrichtungen.
Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:
Moislinger Allee 60.

Der **Vergrösserungsbau** meiner Geschäftshäuser

Braunstr. 30–32

ist vollendet.

Meine **Eröffnungsdekoration** bitte ich gütigst
von Sonntag, den 23. d., bis Dienstag, den 25. d. M.
zu besichtigen.

Der **Verkauf** der Sommermodelle usw. beginnt am
Mittwoch, den 26. ds. Mts.,
in den modern eingerichteten Räumen.

Der **Verkauf** der ungarnierten Hüte und Putzzutaten befindet sich von jetzt ab in der 1. Etage.

Ich bitte, meine reichhaltige
Modellhut-Ausstellung
zwanglos zu besichtigen.

G. Schönenberger Nchfl.
Inh.: Julius Eisleben.
Hutfabrik. (1335) Putzwaren en gros und en detail.

Glasscheiben
aller Art billigst, auch im einzelnen.
Kit, Draht, Glaserkitt v. 4 ₰ an.
Oscar Taschnitz, Fensterglas-Handl.
Hansator-Allee 13. — F. 8 8. (495

Beerdigungs-Institut Pietät 289
Heinrich Grimm
Wickedestr. 49. Fernruf 1424.
Übernahme von Erd- und Feuerbestattungen.
Überführungen mit eigenen Transportwagen.

Schütze Dich selbst
durch meine
Strolchkitzler, Schlagringe, Gummischläger
oder
Revolver, Scheintod-Pistolen
und 1316
automatisch selbstladende
Browning-, Steyr- & Mauser-Pistolen!
Gewähr für guten Schuß.
Messer & Waffen-Haus
Jerobau, Hüxstraße 27.

Moderne Garnituren durch Zufall nur 90 Mk., prachtvolle Salongarnitur statt 220 Mk. nur 165 Mk., direkt an Private, Händler verbeten. Lager **Wahmstr. 83.** Inhaber Fachmann. Salon- und Ausziehtische 18 Mk., Spiegel, Trumeaus, Vertikos, Schreibtische, Buffets, Divans, Umbauten, Lederstühle, Schlafzimmer, Küchen, Stühle, Bilder jetzt enorm billig. Plüschgarnitur ff. 85 Mk. (152

Moderne Photographien
zu billigen Preisen.
Atelier Lubeca, Breitestr. 13.
Sonn- und Wochentags den ganzen Tag geöffnet; des Abends Aufnahmen bei elektr. Licht. (497

Schneeweiße Wäsche
gibt **Ragoda-Schnellwaschmittel.** Ohne Chlor. Garantiert unschädlich. Zur schnellen Einführung geben wir gratis und franko wertvolle Gegenstände z. B. gegen Gutscheine von 10 Pfg. 1 echt silbernes Kollier, 1 Paar Messer u. Gabeln. Verlangen Sie Prospekte beim Kaufmann.
Ragoda gilt nach dem heutigen Stande der Wissenschaft als bestes Waschmittel. Nicht zu helfen ist denen, die es nicht glauben und keinen Versuch mit Ragoda machen. (230

Trinkt
8) **Buntekuh-Kümmel**
Dampfbrennerei Buntekuh.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 45. Sonnabend, den 22. Februar 1913. 20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, den 21. Februar 1913.
118. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Jagow, Wackerzapp.

Frhr. v. Richthofen (NL.) stellt folgende Anfrage: Welche Maßnahmen zum Schutze der Deutschen in Mexiko sind seitens des Herrn Reichskanzlers erfolgt?

Staatssekretär des Auswärtigen v. Jagow: Ich freue mich, dem Hause mitteilen zu können, daß kein Reichsangehöriger den Unruhen in Mexiko zum Opfer gefallen ist. Ein einziger Deutscher, der es sich nicht nehmen ließ, in den Straßen photographische Aufnahmen zu machen, trotz aller eindringlichen Abmahnungen, ist leicht verwundet worden. Gleich nach den ersten Meldungen, die wir von den Unruhen erhalten haben, haben wir den kaiserlichen Gesandten beauftragt, sich mit dem Botschafter Nordamerikas in Verbindung zu setzen und die nötigen Schritte zum Schutz unserer Landsleute zu tun. Es ist darauf zuerst versucht worden, die Kämpfe zu lokalisieren, und die Stadtteile, wo die Fremdenkolonien sind, von den Kämpfen auszunehmen. Diese Vereinbarung hat sich leider nicht als ausführbar erwiesen. Darauf wurde ein 24stündiger Waffenstillstand erwirkt, während dessen den Reichsangehörigen Gelegenheit gegeben wurde, sich aus der Gefahrenzone heraus in eine Vorstadt zu begeben, wo der Gesandte Häuser gemietet hat. Die „Bremen" ist zurzeit in Philadelphia zur Vornahme größerer Reparaturen. Aber die amerikanischen Schiffe, die sich in den mexikanischen Gewässern aufhalten, sind angewiesen, als Zufluchtstätte für alle Fremden zu dienen, und nach Möglichkeit auch auf dem Lande für den Schutz der Fremden zu sorgen. Wir haben der Regierung in Washington für dies Entgegenkommen gedankt. Sollten aus Anlaß der Unruhen Reichsangehörige Schaden erleiden, so wird nach den Grundsätzen des Völkerrechts die mexikanische Regierung dafür ersatzpflichtig gemacht werden. Im übrigen bewahren wir den Ereignissen in Mexiko gegenüber die Zurückhaltung, die wir inneren Vorgängen in fremden Staaten gegenüber beachten müssen. Das wird uns aber nicht abhalten, für den Schutz unserer Landsleute, für die Wahrung unserer Interessen, soweit erforderlich, mit Nachdruck einzutreten. (Bravo!)

Das Gesetz über eine deutsch-österreichische Grenzregulierung wird in dritter Lesung debattelos angenommen.

Dann wird die zweite Lesung des

Etats des Reichseisenbahnamtes

fortgesetzt.

Schwabach (NL.) fragt zunächst, ob die deutschen Eisenbahnen jeden Augenblick für den Kriegsfall bereit seien und bedauert dann, daß der Wunsch des Reichstags, die Dienst- und Ruhezeiten des Eisenbahnpersonals einheitlich zu regeln, nicht erfüllt ist. Wünschenswert wäre ein einheitliches Staatsarbeiterrecht, zumal, nachdem das Arbeitskammergesetz endgültig gescheitert ist. Eine Vereinheitlichung der deutschen Eisenbahn und ihre Übernahme auf das Reich könnte natürlich nur unter Entschädigung der Einzelstaaten erfolgen, wobei eine Schwächung der einzelstaatlichen Finanzen ausgeschlossen sein müßte. Die gemeinsame Materialbeschaffung für alle deutschen Eisenbahnen würde zu enormen Ersparnissen führen. Eine nationale Anstandspflicht ist die völlig paritätische Behandlung aller deutschen Staatsbeamten. Die Zulassung von Umleitungen bis zu 20 % sollte aufgehoben werden. Dazu wäre Preußen verpflichtet. Es kann keine Rede davon sein, daß Preußen Hessen gewissermaßen übers Ohr gehauen hat. Das hat der hessische Minister Dr. Braun in letzter Zeit ausdrücklich betont.

Dr. Hähnle (Vp.): Eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeits- und Ruhezeiten des Eisenbahnpersonals gäbe dem Reichseisenbahnamt die beste Grundlage für seine Tätigkeit. In den letzten Jahren hat der planmäßige Dienst zugenommen und das Personal ist infolge des Wagenmangels außerordentlich angespannt worden. Die Güterwagengemeinschaft ist zu begrüßen als Anfang der Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens. Unter dem jetzigen Umleitungssystem haben die süddeutschen Staaten sehr zu leiden, während der Gesamtverkehr durch die Konkurrenz der einzelnen Staaten geschädigt ist. Sehr richtig!) Eine Überführung aller Bahnen in das Eigentum des Reiches halten wir zurzeit für aussichtslos. Eher ist eine Betriebsmittel- oder eine Betriebs- und Finanzgemeinschaft der deutschen Bahnen zu erreichen. Hierüber sollte uns das Reichseisenbahnamt eine Denkschrift vorlegen. (Bravo!)

Präsident des Reichseisenbahnamtes Geheimrat Wackerzapp: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Eisenbahnbediensteten gehören nicht zur Zuständigkeit meines Amtes. Nur wenn eine Beziehung dieser Verhältnisse zur Betriebssicherheit herzustellen wäre, würde das Reichseisenbahnamt zuständig sein. Angesichts der anerkannten Betriebssicherheit unserer Eisenbahnen und der großen Zahl der Meldungen zum Eisenbahndienst ist es aber ausgeschlossen, eine solche Beziehung herzustellen. Entgegentreten muß ich dem Urteil des Abg. Hasenzahl über das preußisch-hessische Abkommen. Die Behauptung, daß Hessen von Preußen übers Ohr gehauen worden sei, ist schon wiederholt zurückgewiesen worden. Hessen hat vielmehr bei diesem Abkommen ein gutes Geschäft gemacht, und nur so seine Staatsschulden tilgen können. Nicht verständlich ist mir auch die Behauptung des Abg. Hasenzahl, daß im Verkehr Basel-Berlin die rechtsrheinische Linie vor der linksrheinischen bevorzugt wäre. Die Tatsachen beweisen das Gegenteil. Eine reichsgesetzliche Regelung der Dienst- und Ruhezeiten des Eisenbahnpersonals ist nicht notwendig und auch nicht zweckmäßig. Eine Überbürdung des Personals ist auch heute ausgeschlossen. Der planmäßige Dienst des Lokomotivpersonals hat nicht zugenommen. Nach den Dienstplänen beträgt die Arbeitszeit des Betriebspersonals zwölf Stunden. Ausgenommen sind nur Zeiten besonderer Betriebsstockung, wie im letzten Herbst im Ruhrrevier. Wenn der Abg. Hasenzahl einzelne Dienstpläne anführte, wo eine längere Arbeitszeit vorgesehen ist, so können solche Fälle nur dann etwas beweisen, wenn zugleich die wirkliche Arbeitsleistung hinzugefügt wird. Denn Dienstzeiten von 14 bis 16 Stunden sind nur bei ganz einfachen Betriebsverhältnissen zulässig, wo die Arbeit nicht besonders anstrengend ist. Die Dienstzeit des Lokomotivpersonals ist neuerdings um eine Stunde verringert und das Personal selber vermehrt worden. Die Einzelstaaten wollen von einer Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens nichts wissen und ihre Selbständigkeit behalten. Es wird erwogen, durch eine zweckmäßigere Gestaltung des Übergangsverkehrs Ersparnisse an Materialwagen zu erzielen. Die militärische Leistungsfähigkeit unserer Eisenbahn steht auf der Höhe! (Bravo!)

Graf Kanitz (K.) erklärt, daß der preußische Landtag niemals für einen Übergang der Eisenbahnen an das Reich zu haben sein würde. Man kann von Preußen wirklich nicht verlangen, in eine Finanzgemeinschaft mit Württemberg und Baden zu treten, die schlecht rentierende Eisenbahnen haben.

Stolle (SD.): Das Reichseisenbahnamt ist eine Aufsichtsbehörde. Es hat für die Betriebsmittel und die Sicherheit zu sorgen und das Tarifwesen zu kontrollieren. In allen diesen Dingen sind himmelschreiende Uebelstände vorhanden. Wenn das Reichseisenbahnamt die nötige Energie anwendet, so wird die Abschaffung der Mängel gelingen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Ein Uebelstand ist zunächst der Mangel an Betriebsmitteln. Vor kurzem haben wir über den Mangel an Betriebsmitteln im Kohlenrevier interpelliert. Der Präsident des Reichseisenbahnamts gab ihn auch unumwunden zu, er sagte, daß weder die Betriebsmittel noch die baulichen Anlagen ausreichten, und suchte den preußischen Eisenbahnminister mit der ungewöhnlichen und unerwarteten Steigerung des Verkehrs vom Jahre 1909 an zu decken. Ich lasse es dahingestellt, ob die preußische Eisenbahnverwaltung damit entschuldigt ist. Ich weise aber auf die außerordentliche Verkehrsstockung bei den Kaisermanövern in Sachsen hin. Hier kann doch von einer unerwarteten Verkehrssteigerung nicht die Rede sein, hier wußte man bis auf die Minute, wann die Züge für die Mannschaften, die Pferde und das Material einzustellen waren. Hier lag der Fehler keineswegs an den mangelnden Betriebsmitteln und mangelnden Baulichkeiten, sondern der ganze Apparat klappte nicht. (Sehr gut! b. d. Soz.) Eine oberste Aufsichtsbehörde muß doch auch von Zeit zu Zeit inspizieren und auf Abhilfe drängen, wo sie Mängel findet. Was wäre wohl geschehen, wenn ein Zug mit Kanonen nicht rechtzeitig herangeschafft wäre? Aber daß Tausende von Gewerbetreibenden schwere Schädigung erlitten, weil ihre Waren nicht rechtzeitig herangeschafft wurden, kümmert die Verwaltung nicht. Wie schlimm die Verhältnisse waren, geht daraus hervor, das selbst aus konservativen Blättern Schmerzensschreie ertönten. Warum sind denn nicht die nötigen Betriebsmittel und Bauten vorhanden? Weil überall im Deutschen Reich bei der Eisenbahn das fiskalische Interesse über dem von Handel und Verkehr steht. Im sächsischen Landtag führte der Finanzminister aus, daß er der naturgemäße Gegner, der des Verkehrsministers sei und die Finanzinteressen denen des Verkehrs entgegenstelle. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Eisenbahnen sind doch aber nicht gegründet worden, um eine mellende Kuh für den Staat zu sein, sondern um dem Verkehr zu dienen. Was nützen die schönen Reden, die der Reichskanzler auf dem Handelstage hält, wenn man so wenig Rücksicht auf die Interessen des Handels nimmt. Warum baut man nicht die nötigen Anlagen. Nirgends könnte doch ein Kapital sich besser verzinsen, das beweist ja die kolossale Steigerung des Verkehrs. Eine zweite Klage betrifft das Tarifwesen. Nach der Reichsverfassung hat das Reichseisenbahnamt für die Gleichmäßigkeit und Herabsetzung der Tarife zu sorgen, aber heute noch warten Landwirtschaft und Industrie auf diese Herabsetzung. In schlechten Jahren sagt man zu den Petenten, wir können auf die Einnahmen nicht verzichten, in guten Jahren wieder sagt man, Ihr habt ja selbst so gute Einnahmen, deshalb brauchen die Tarife nicht herabgesetzt zu werden. So ist diese Frage auf ein totes Geleis geschoben. Die preußische Eisenbahnverwaltung sollte es für eine Hauptaufgabe halten, die Tarife zu ermäßigen, damit der deutsche Handel mit dem Auslande konkurrieren kann. Wir brauchen mit unserer Tarifpolitik uns doch nicht von Oesterreich in den Schatten stellen zu lassen, was dort geleistet wird, sollte doch auch in Deutschland möglich sein. (Zustimmung b. d. Soz.) Kleine Ermäßigungen sind ja hier und da eingetreten, aber im Königreich Sachsen z. B. in unglaublich kleinlicher Weise, so daß eine ganz außerordentliche Zerfahrenheit und Zerrissenheit, eine geradezu himmelschreiende Zersplitterung herrscht. Die Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens ist daher eine dringende Notwendigkeit. (Zust. b. d. Soz.) Anfänge dazu sind ja auch schon gemacht worden, aber wenn die preußische Eisenbahnverwaltung nicht weitergehen will, wenn sie zu den anderen sagt, ich bin groß und ihr seid klein, so müßte eben das Reichseisenbahnamt regulierend eingreifen. Was soll man dazu sagen, daß zwischen Preußen und den sächsischen und süddeutschen Eisenbahnen noch 26 verschiedene Gütertarife bestehen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dieser Zerrissenheit und Zerfahrenheit muß endlich ein Ende gemacht werden. Bei den preußisch-sächsischen Eisenbahnen existieren noch 12 160 Wegübergänge, die nur mit Handschranke zu schließen sind, und 14 103 Wegübergänge, die ganz ohne Schranke sind. (Lebh. Hört, hört!) Da muß ja beinahe täglich ein Unglück passieren. Die Statistik der Unfälle weist denn auch Zahlen von Verletzten und Getöteten auf, beträchtlicher als in einer blutigen Schlacht. (Hört, hört! b. d. Soz.) Eine beträchtliche Zahl von Unfällen ist auch auf Mängel des Oberbaus und Mängel des Materials zurückzuführen. Hat denn da bei der Abnahme des Materials eine Nachprüfung stattgefunden? Es mag ja sein, daß der Herr Präsident des Eisenbahnamtes nachweisen wird, auf 100 000 Tonnen Klm. ist die Zahl der Unfälle auf 0,01 pro 1000 verringert. Aber die Technik hat doch auch bedeutende Fortschritte gemacht, und ist doch auch dem Eisenbahnbetriebe zugute gekommen. Wenn auch eine kleine prozentuale Besse-

---

Hafenstürme.

Roman von W. W. Jacobs.

(16. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Ihre Ideen werden sich wahrscheinlich mit dem Alter und — den Enttäuschungen verändern," sagte sie liebenswürdig.

„Ich werde keine Enttäuschungen erleben," erklärte Thießen kühl, „ich werde mich davor in acht nehmen."

Fräulein Schümann guckte ihn nachdenklich an und zermarterte ihr Hirn nach einer geeigneten und zermalmenden Antwort. Bei all ihrer Erfahrung — und diese war ziemlich umfangreich mit Rücksicht auf ihr Alter — war sie niemals einer so sorgfältig durchdachten Kühnheit begegnet, und mit großer Sehnsucht verlangte sie daher danach, ihn aufs freie Feld zu locken und zu vernichten. Sie war noch dabei, über Mittel und Wege nachzusinnen, als die Tür sich öffnete und die ärgerliche und überraschte Gestalt ihres Vaters sich zeigte und hinter ihm das bleiche Gesicht des Herrn Wilkens. Für den ersten Augenblick raubte der Zorn dem Kapitän die Sprache.

„Wer — —" stammelte er. „Was — —?"

„Wie lange das gedauert hat, Vater," sagte Fräulein Schümann mit vorwurfsvoller Stimme. „Ich begann schon zu fürchten, Du würdest überhaupt nicht mehr fortgehen."

„Du kommst mit mir nach Hause," sprach der Kapitän, nachdem er sich gefaßt hatte.

Diese Anordnung war in seiner tyrannischen Art und Weise gegeben, und seine Tochter ließ daher, als sie aufstand, mit ziemlicher Empfindlichkeit ihren Muff fallen, um ihrem Vater das Vergnügen zu machen, zuzusehen, wie Herr Thießen ihn aufhob. Er rollte indessen nach ihrem Vater hin und dieser bückte sich gerade danach, als Thießen vorwärtssprang. Mit einem Krach stießen ihre Köpfe zusammen, und Fräulein Schümann vergaß ganz ihre eigene Bestürzung in der Freude über den Anblick der jämmerlichen Verfassung, in welche Herr Wilkens durch den Schreck versetzt worden war.

„Ich bedaure sehr," erklärte Thießen, als er den Muff sorgfältig mit dem Rockärmel abstäubte, bevor er ihn zurückgab. „Ich fürchte, es ist meine Schuld."

„Das stimmt," antwortete der wütende Kapitän und öffnete die Tür für seine Tochter. „Komm, Käthe."

Fräulein Schümann ging hinaus; ihr Vater folgte und Herr Wilkens begleitete sie zur Haustür, sein schwaches „Gute Nacht" wurde indessen von seinem beleidigten Vorgesetzten vollständig ignoriert. Er blieb an der Tür stehen, bis die beiden um die Ecke gebogen waren, und kehrte dann nach der Küche zurück, wo er seinen zurückgebliebenen Gast den schmerzenden Kopf unter den Wasserleitungshahn halten sah.

„Und nun," begann der Kapitän streng zu seiner Tochter, „wie kannst Du es wagen, Dich hinzusetzen und mit diesem jungen Lümmel zu schwatzen. Hm? Wie kannst Du das wagen?"

„Er war schon da, als ich in die Küche hineinkam," erwiderte die Tochter.

„Warum kamst Du denn nicht wieder heraus?" fragte ihr Vater.

„Ich fürchtete, Dich und Peter zu stören," versetzte Fräulein Schümann. Außerdem, warum sollte ich nicht mit ihm reden?"

„Warum?" rief der Kapitän. „Warum? Weil ich es nicht haben will."

„Ich dachte, Du möchtest ihn gern leiden," antwortete Fräulein Schümann mit gut gespielter Ueberraschung, „weil Du ihm über den Kopf fuhrst."

Der Kapitän, der kaum seinen Ohren trauen wollte, blieb in ausdrucksvollster Weise auf der Straße stehen, aber Fräulein Schümann ging weiter. Sie fühlte instinktiv, daß der Scherz an ihn verschwendet war, und da sie keine andere Zuhörerschaft hatte, wollte sie sich wenigstens ohne Unterbrechung allein daran freuen. Konvulsivische und halbunterdrückte Laute, die ihr von Zeit zu Zeit während des Restes des Heimweges entschlüpften, schob sie auf eine leichte Erkältung, welche sie sich während des Wartens in der Küche geholt habe.

Elftes Kapitel.

Max Schümanns erster Gedanke, als er einen Brief von seinem Vater erhielt, der ihn aufforderte, mit ihm bei Peter Wilkens zusammengekommen, war, eine so unhöfliche Absage zu senden, wie sie ein starkes Gefühl von Ungehorsam im Verein mit einem nicht gewöhnlichen Schreibtalent nur abfassen konnte, aber die vereinten Vorstellungen der Löbels machten ihn schwankend.

„Du gehst," erklärte Herr Löbel feierlich, „nimm den Rat eines Mannes an, der das Leben kennt, und geh'! Wer kann wissen, ob er nicht daran denkt, etwas für Dich zu tun."

„Dir vielleicht zu einem Geschäft verhelfen oder etwas derartiges," sagte Frau Löbel. „Aber wenn er versuchen sollte, Dich und Melia auseinanderzubringen, hoffe ich, daß Du weißt, was Du zu sagen hast."

„Das wird er nicht tun wollen," meinte der Gatte.

„Wenn er mich sehen will," versetzte Herr Schümann, „dann laß ihn doch hierherkommen."

„Ich will ihn nicht in meinem Hause haben," gab Herr Löbel rasch zurück. „Wie die Engländer sagen: mein Haus ist meine Burg, und ich will ihn in der meinen nicht haben."

„Warum nicht, Daniel?" fragte seine Frau, „wo die beiden Familien doch in Beziehungen treten!"

Herr Löbel schüttelte den Kopf, sah sie an und zwinkerte ihr bedeutungsvoll zu.

„Tu, was Du für gut hältst," stimmte Frau Löbel zu, die immer bereit war, in Kleinigkeiten Zugeständnisse zu machen. „Tu, was Du für gut hältst, aber mach' mir nachher keine Vorwürfe, weiter verlange ich nichts."

Von seinen Freunden gedrängt, willigte Herr Schümann schließlich ein und erklärte sich in einer Antwort an seinen Vater damit einverstanden, ihn am Donnerstag abend im Hause des Herrn Wilkens zu treffen. Er war selbst nicht frei von einer leichten Neugier, welche Gründe den Kapitän wohl veranlaßt haben möchten, auf eine so ungewöhnliche Art und Weise nachzugeben. —

An dem verhängnisvollen Abend trat Herr Nathan Schmidt um 6 Uhr in die Erscheinung. Er war ein kleiner, schlanker Mann mit einem glattrasierten Gesicht voll kleiner Runzeln und farblosen Augen, deren Ausdruckslosigkeit jeder näheren Prüfung Trotz boten. In der Unterhaltung, besonders wenn dieselbe einen diplomatischen Charakter hatte, schien Herr Schmidt durch seinen Gegner hindurch auf etwas hinter ihm zu blicken, eine unangenehme Angewohnheit, welche für seine Opfer eine Quelle argen Mißbehagens war.

„Da wären wir, Herr Wilkens," sagte er, indem er seinen Kopf zur Tür hereinsteckte und den aufgeregten Steward anlächelte.

„Kommen Sie herein," sprach Herr Wilkens kurz.

Herr Schmidt dankte. „Schöner Abend draußen," bemerkte er und nahm sich einen Stuhl. „Klarer Himmel. Was wäre das für ein Morgen für eine Segeltour, wenn wir nur noch jung genug wären. Ist das Tabak in dem Kasten da?"

Der andere schob ihm denselben hin.

„Wenn ich noch jung genug — und töricht genug wäre," sagte der Schlafbas, indem er eine Pfeife mit einem ungewöhnlich großen Kopf hervorzog und langsam stopfte, „würde ich mich über nichts mehr freuen, als über eine dreijährige Kreuzertour. Nichts zu tun, und dabei alles vom Besten."

„Haben Sie alle Anordnungen getroffen?" fragte Herr Wilkens in einem Tone kalter Ueberlegenheit.

(Fortsetzung folgt.)

rung in der Unfallziffer eingetreten ist, so kann das nicht ausschlaggebend dafür sein, daß soviel Hunderte und Tausende ihr Leben eingebüßt haben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Für die Sicherheit des Betriebes kommt in erster Linie in betracht, daß keine Ueberbürdung des Eisenbahnpersonals stattfindet. Wenn der Präsident des Reichseisenbahnamts heute erklärt hat, die Lohnskalen und Betriebseinteilung sei Sache der Einzelstaaten, so sage ich: Nein, Herr Präsident, von der Höhe der Löhne und der Länge der Dienstzeit hängt die Sicherheit des Betriebes ab, und darüber hat das Reichseisenbahnamt zu wachen. Die Ueberbürdung des Personals ist ganz ungemein. Eine Denkschrift aus den Kreisen der königstreuen Reichseisenbahnarbeiter kommt zu diesen selben Schmerzensschreien. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Herr Präsident sagte, wir sind mit einer neuen Betriebsordnung beschäftigt. Die Botschaft hört ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Auch der preußische Eisenbahnminister hat im vorigen Jahr im Abgeordnetenhause eine entsprechende Versicherung abgegeben. Aber die reichstreuen Eisenbahnbeamten klagen, daß die Ruhezeit nicht größer geworden ist, daß die Dienstzeit dieselbe geblieben, daß das Versprechen nicht erfüllt worden ist. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich bitte den Präsidenten des Reichseisenbahnamts, doch genau zu kontrollieren, ob diese Klagen aus den königstreuen Kreisen auf Wahrheit beruhen. Dann noch einige lokale Eisenbahnschmerzen. Die Fahrt von Leipzig nach Berlin dauert länger als die von Berlin nach Halle; hierfür können doch nicht betriebstechnische Gründe maßgebend sein. Züge von Süddeutschland nach Berlin bleiben 40 Minuten in Leipzig liegen. Bei der Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich könnten derartige Mißstände leicht beseitigt und überhaupt Verhältnisse herbeigeführt werden, wie sie im Interesse der gesamten Arbeiterschaft der deutschen Eisenbahnen notwendig sind. (Lebh. Bravo! b. d. Soz.)

Liszt (NL.) tritt für eine Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens ein. Zur Pürfung der Frage sollte eine Kommission eingesetzt werden.

Dr. Blunck (VP.) bedauert die Erhöhung der Tarife für Mischfutter.

Werner-Herzfeld (A.) wünscht eine gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit für das Lokomotivpersonal.

Präsident des Reichseisenbahnamts Wackerzapp bestreitet gegenüber dem Abg. Stolle, daß die Betriebssicherheit auf den deutschen Bahnen ungenügend sei, sie sei ständig gewachsen und größer wie im Auslande.

Fischer-Hannover (SD.): Der Satz „Zeit ist Geld" gilt auch für die Arbeiter. Deshalb sollte man Wagen 4. Klasse auch in die Eilzüge und zum Teil in die Schnellzüge einstellen. Dieser Wunsch der Arbeiter ist umsomehr berechtigt, als aus der dritten und vierten Klasse die größten Einnahmen der Eisenbahn stammen. (Sehr richtig! b. d. Sozialdemokraten.)

Der Etat wird bewilligt.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Wahlprüfungen und Petitionen.)

Schluß: 5¾ Uhr.

Aus der Partei.

Russische Schandurteile. Die Petersburger Gerichtskammer hat dieser Tage den Genossen Rechtsanwalt Jermolajew wegen Zugehörigkeit zur Petersburger sozialdemokratischen Initiativgruppe und wegen Beteiligung an der Einberufung der sozialdemokratischen Augustkonferenz zum Verlust aller Rechte und zur lebenslänglichen Deportation nach Sibirien verurteilt! In derselben Gerichtssitzung wurde Genosse S. Zederbaum wegen einiger Artikel aus dem Jahre 1906 (!) zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt!

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Streik in der Binnenschiffahrt. Der Bund deutscher Schiffer (Innungsverband) nahm Stellung zum gegenwärtigen Lohnkampf in der Binnenschiffahrt. Am 19. d. Mts. tagte in Fürstenberg a. O. eine von 600 Privatschiffern besuchte Innungsversammlung, an der auch Vertreter der Arbeiterverbände und Vertreter des Unternehmerverbandes teilnahmen. Der Innungsverband wollte sich entscheiden, ob er in diesem Kampfe sich auf die Seite des Arbeitgeberbundes stellen sollte. Die Vertreter der Arbeiter gaben eine Darstellung über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen; sie betonten u. a., daß sie es für richtig hielten, wenn die Bundesleitung mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung treten würde, um einen Vertrag zu schaffen, der den Wünschen der Privatschiffahrt Rechnung trage. Die Vertreter des Unternehmerverbandes versuchten mit allen Mitteln gegen die Arbeiterorganisationen scharfzumachen, sie forderten den Innungsverband auf, sich dem Unternehmerverband anzuschließen. Die Herren stießen jedoch bei den Privatschiffern auf harten Widerstand. Die Privatschiffer fordern mit den Mannschaften die Nachtruhe. Und in der Organisationsfrage betonten sie, daß die Schiffseigner sich nicht mit den Vertretern des Großkapitals verbinden könnten. Es meldeten sich dann auch nur zirka 25 Mann, die dem Unternehmerverbande beitraten. Mit dem Verlauf dieser Versammlung können die Mannschaften zufrieden sein. Es ist nicht ausgeschlossen, daß demnächst Verhandlungen zwischen dem Innungsverband und den Arbeiterorganisationen stattfinden.

Aussperrung der Arbeiter der Apfelweinkeltereien in Frankfurt a. M. Die Verbände der Brauereiarbeiter und Böttcher haben am 13. November vorigen Jahres Tarifforderungen an die Apfelweinkeltereien eingereicht. Die Zugeständnisse, die die Unternehmer in zwei Verhandlungen machten, bestanden nur in einer Lohnzulage von wöchentlich einer Mark und einem fünftägigen Urlaub nach zweijähriger Dienstzeit. Dagegen sollte das Arbeitsverhältnis in anderer Beziehung eine Verschlechterung erfahren. Diese Zugeständnisse, die zudem noch für fünf Jahre gelten sollten, lehnten die Arbeiter einstimmig ab. Die Unternehmer setzten jetzt durch Plakatanschlag in den Betrieben eine Frist, bis zu der die Arbeiter unterschriftlich ihr Einverständnis mit dem Angebot der Unternehmer erklären sollten. Auch dieses lehnten die Arbeiter ab, worauf die Aussperrung erfolgte. Von den vorhandenen Firmen hat sich nur die Firma Hoffmann mit den Arbeitern verständigt und sich an der Aussperrung nicht beteiligt.

Einigungsverhandlungen in der Metallarbeiteraussperrung in Menden i. W. Vom Landrat [illegible] in Iserlohn wurden Verhandlungen angebahnt, die gegenwärtig mit dem Sekretär des Unternehmerverbandes geführt werden. — Der letzten Stadtverordnetensitzung in Menden lagen von 300 ausgesperrten Arbeitern Anträge auf Stundung der Steuern bis April 1913 vor. Das von den Klerikalen beherrschte Stadtparlament stimmte erst nach heftiger Debatte mit 13 gegen 11 Stimmen bei einer Stimmenthaltung den Anträgen zu.

Stimmungsmache der Bauunternehmer. Die Schiedssprüche im Holz- und Malergewerbe sind den Herren vom Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in die Glieder gefahren. Sie haben bei allen bisher gepflogenen Verhandlungen eine allgemeine Lohnerhöhung als ganz unmöglich bezeichnet, und sie haben zweifellos die Absicht, diese Komödie bei den Verhandlungen, die am 24. Februar weitergeführt werden, aufs neue zu spielen. Da mußten ihnen freilich die Schiedssprüche in diesen beiden Gewerben unangenehm sein, denn sie sagen sich wohl mit Recht, daß man den Bauarbeitern kaum werde verweigern können, was man den anderen Arbeitergruppen gewährt hat. Sie bemühen sich darum, der Welt glauben zu machen, es lägen die Verhältnisse im Baugewerbe völlig anders. Jetzt sind sie dabei, die Presse über die vermutliche Bautätigkeit in diesem Jahre zu „informieren". Natürlich handelt es sich dabei um eine ganz gewöhnliche Stimmungsmache. In dem an die bürgerlichen Zeitungen versandten Waschzettel heißt es:

„Schlechte Aussichten für die Bausaison 1913. Für die Neuregelungen der Arbeitsbedingungen im Baugewerbe ist es nicht ohne Einfluß, ob eine schwache oder starke Bautätigkeit im Jahre 1913 zu erwarten ist. Eine Umfrage des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe bei seinen 500 Ortsverbänden hat nun ergeben, daß für das ganze Deutsche Reich — mit Ausnahme weniger Orte, in denen größere staatliche oder städtische Bauten auszuführen sind — die Aussichten sehr schlecht, vielfach geradezu trostlos sind. Danach sind die optimistischen Auffassungen, die von den Vorsitzenden der Bauarbeiter-Zentralverbände in den kürzlich stattgefundenen Generalversammlungen ausgesprochen worden sind, nicht berechtigt."

Man sollte eigentlich annehmen, daß die Presse solche Notizen, deren tendenziöser Charakter ganz unverkennbar ist, zurückweisen würde. Was soll zum Beispiel mit der „Umfrage des deutschen Arbeitgeberbundes" bezweckt werden? Kann irgend ein Mensch erwarten, daß bei einer solchen Umfrage objektive Ergebnisse herauskommen könnten? Zunächst ist es auch für einen mitten im Bauleben stehenden Mann nicht leicht, im Januar anzugeben, wie es im April und Mai mit der Geschäftstätigkeit bestellt sein wird. Nur in den seltensten Fällen sind die Verhältnisse so übersichtlich, daß sie ein sicheres Urteil zulassen. Wenn aber die allgemeine Geschäftslage von solcher Ungewißheit umgeben ist, wie gegenwärtig, dann hört überhaupt jede Möglichkeit einer Vorhersage der Baukonjunktur auf. Aber nun muß man bedenken, wie diese „Umfrage" vor sich ging. Im Herbst des vorigen Jahres erließ der Vorstand des Arbeitgeberbundes ein Rundschreiben, in dem er seine 500 Ortsverbände anwies, nach Kräften dafür zu sorgen, daß die Bautätigkeit im Frühjahr 1913 so schwach und flau wie möglich werde. Man sollte auf schnelle Fertigstellung angefangener Arbeiten drängen, dagegen Industrielle und Behörden zu überreden suchen, neue Arbeit bis nach Erledigung der Tarifbewegung hinauszuschieben. Selbstverständlich haben die Ortsverbände getan, was in ihren Kräften stand. Und nun bekamen sie im Januar die Aufforderung des Bundesvorstandes, einen Bericht über die Aussichten der Bautätigkeit einzusenden, — einen Bericht, von dem sie natürlich wußten, zu welchem Zwecke er gebraucht werden sollte! Die Leiter der Organisationsverbände haben natürlich verständnisinnig den Fragebogen zur Hand genommen, und haben die Antwort nach dem beigegebenen Muster eingeschrieben: Schlecht. Sehr schlecht. Geradezu trostlos. Man kann nichts dagegen sagen, wenn der Bund glaubt, solche Spielereien nötig zu haben, aber von dem Teil der Presse, der beansprucht, ernst genommen zu werden, sollte man eigentlich voraussetzen dürfen, daß er sich zu solchem Unfug — um kein schärferes Wort zu gebrauchen — nicht hergäbe. Ueber die Aussichten der Baukonjunktur für die nächste Zeit läßt sich heute wohl fabulieren, läßt sich diese oder jene Vermutung aufstellen, aber zu einer Voraussage, die wirklich Vertrauen verdient und die sicher genug wäre, um den Vertragsparteien als Richtschnur zu dienen, fehlen heute jedem Menschen die Unterlagen, auch dem Wirtschaftsstatistiker Calwer, auf den sich der Arbeitgeberbund glaubt berufen zu können. — Stimmungsmache, und zwar recht plumpe Stimmungsmache ist die „Information" des Bundes, und nichts weiter.

Tarifverhandlungen im Malergewerbe für Baden, Hessen, Hessen-Nassau, Pfalz und Elsaß-Lothringen. Am Gautarifamt III b zu Frankfurt a. M. fanden unter Vorsitz des Magistratssyndikus Dr. Hiller am 16., 17. und 18. Februar die Verhandlungen über Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung für 48 Lohngebiete statt. Als Vertrauensmänner der Parteien fungierten Bauunternehmer Fitze-Frankfurt a. M. und Gauleiter Wilh. Weidner. Für den Gau III Süddeutschland hatte der Vorsitzende des Unternehmerverbandes bei den zentralen Verhandlungen in Berlin das „außerordentliche" Angebot von einem Pfennig Lohnerhöhung für dies Jahr gemacht, und für nächstes Jahr hatte er einen weiteren Pfennig für einige Orte in Aussicht gestellt. Aber selbst dieses Angebot hielten die Unternehmervertreter nicht aufrecht, sie lehnten für alle 48 Lohngebiete jede Lohnerhöhung ab, ebenso jede Verkürzung der Arbeitszeit. Sie meinten, die Arbeitervertreter sollen erst ihre unerhört hohen Forderungen reduzieren. Das wurde von den Vertretern des Maler- und Weißbinderverbandes abgelehnt, so lange die Arbeitgeber kein Angebot machten.

An der Hand statistischen Materials begründeten die Vertreter der Arbeiter ihre Forderungen eingehend, zunächst in einer allgemeinen Generaldiskussion und dann ortsweise. Aber alle Beweisgründe konnten die Unternehmer nicht von ihrer stereotypen Antwort: „Wir lehnen jede Lohnerhöhung ab" abbringen. Nach neunstündiger Beratung fällte das Schiedsgericht folgenden Spruch: „In Frankfurt a. M., Offenbach, Darmstadt, Wiesbaden, Mühlhausen und Straßburg wird die Arbeitszeit im Jahre 1914 um eine halbe Stunde täglich verkürzt. Eine tarifliche und allgemeine Lohnerhöhung von 6 Pfg. pro Stunde sollen erhalten Frankfurt a. M., Offenbach, Wiesbaden, Mühlhausen und Straßburg; von 5 Pfg. Darmstadt, Hanau, Mannheim, Ludwigshafen, Pforzheim, Konstanz und Singen, von 4 Pfg. 28 Lohngebiete und von 3 Pfg. 8 Orte. Die Lohnerhöhung ist auf die drei Vertragsjahre verteilt." Zur Begründung dieses Spruches führte der Vorsitzende aus, daß man sich den berechtigten Klagen der Arbeiter über die fortgesetzte Verteuerung der Lebenshaltung nicht verschließen könne. Ebenso müsse bezüglich der Arbeitszeitverkürzung berücksichtigt werden, daß die Arbeiter in besonders ausgedehnten und großen Orten durch weite Wege zur Arbeitsstelle sehr lange Zeit der Familie entzogen werden.

Ein vernichtendes Urteil über christliche Kampfesweise. Wegen Beleidigung der Arbeiterbeisitzer im Vorstande des Allgemeinen Knappschaftsvereins Bochum verurteilte am Donnerstag das Schöffengericht in Bochum die Redakteure Neugebauer und Hüpgens zu je 100 Mk. Strafe. Die Sache ist von erheblicher Bedeutung. Unter der Überschrift: „Vergewaltigung der Rechte der Bergarbeiter mit Hilfe sozialdemokratischer Verbandsältesten" hatte das dortige Zentrumsblatt im Juni v. Js. einen Artikel aus „Bergarbeiterkreisen" gebracht, der offenbar im Bureau des christlichen Bergarbeiterverbandes geschrieben war und der den Zweck hatte, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von dem Verrat der Christlichen bei dem vorausgegangenen Bergarbeiterstreik abzulenken. In dem Artikel wurden die dem freien Bergarbeiterverbande angehörigen Beisitzer des Knappschaftsvorstandes beschuldigt, verhindert zu haben, daß Anträge, die von christlichen Ältesten eingebracht waren, verhandelt wurden. In ihrer Verleumdungssucht gingen die Christlichen so weit, zu behaupten, daß die sozialdemokratischen Ältesten mit den Werksbesitzern in bester Harmonie zum Schaden der Arbeiter verhandelt hätten. Der Artikel wimmelte von Schimpfworten wie: „Rote Schwätzer, Schurken, willfährige Knechte" usw. Die Beweisaufnahme gestaltete sich zu einer vernichtenden Niederlage. Durch das ausführliche, auf das Statut gegründete Zeugnis des Vorsitzenden des Knappschaftsvereins, des Geheimen Bergrats Dr. jur. Weidtmann wurde erwiesen, daß nicht nur er selbst korrekt verfahren, sondern auch die von den Christlichen angegriffenen Vorstandsmitglieder, und daß diese sogar den christlichen Anträgen in loyalster Weise entgegengekommen seien. In der mündlichen Urteilsbegründung wurde die letzterwähnte Tatsache besonders hervorgehoben und gesagt, die in dem Artikel enthaltenen Aussprüche seien für einen Redakteur unglaublich. Leute, die ihre Zeit und ihr Wissen so in den Dienst der Allgemeinheit stellen, verdienten Anerkennung und nicht noch obendrein so schimpfliche Nachrede. Der Beweis für die üble Nachrede sei in vollem Umfange erbracht und deswegen auch trotz der bisherigen Unbescholtenheit der angeklagten Redakteure eine empfindliche Strafe angebracht.

Soziales.

Die Frankfurter Ortskrankenkasse bleibt bestehen. Die Fortschrittler und Nationalliberalen im Stadtparlament zu Frankfurt a. M. versuchten die dortige bewährte Ortskrankenkasse auf Grund der Reichsversicherungsordnung zur Auflösung zu bringen, um die „sozialdemokratische Leitung" der Kasse und die „sozialdemokratischen Kassenbeamten" los zu werden. Alle Vorwürfe gegen die Kassenverwaltung wurden aber von der Aufsichtsbehörde, dem Magistratskommissar für die Krankenversicherung widerlegt. Inzwischen scheinen sich die Fortschrittler eines Besseren besonnen zu haben, denn am Dienstag stimmten sie in der Stadtverordnetensitzung für die Beibehaltung und für den Ausbau der Ortskrankenkasse. Auch wird Frankfurt a. M. von der Errichtung einer Landkrankenkasse verschont bleiben, da jetzt das Oberversicherungsamt bestimmt hat, daß die Errichtung einer solchen Kasse zu unterbleiben hat.

Bundesratsbeschlüsse. Der Bundesrat gab am Donnerstag dem Entwurf von Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter auf Steinkohlenbergwerken in Preußen, Bayern, Sachsen und Elsaß-Lothringen, sowie dem Entwurf einer Bestimmung über die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Herstellung von Bleifarben und anderen Bleiprodukten seine Zustimmung.

Kommunales.

Kaiserhuldigung und Sozialdemokraten. In der bürgerlichen Presse wird ein schwindelhafter Bericht über eine Stadtverordnetensitzung in Velbert (Rheinland) berichtet, die am 18. Februar stattfand. Auf der Tagesordnung stand „Die Beteiligung der Stadt an einer Huldigungsadresse deutscher Städte zum 25jährigen Regierungsjubiläum des deutschen Kaisers". Es wird nun erzählt, daß neben den bürgerlichen Stadtverordneten auch sämtliche 8 Sozialdemokraten geschlossen der Huldigungsadresse zugestimmt hätten. Das ist Schwindel. Es kann keine Rede davon sein, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten für die Huldigungsadresse gestimmt haben; wie gewöhnlich, so erfolgte auch über diesen Verhandlungsgegenstand überhaupt keine Abstimmung. Der Vorsitzende konstatierte im Galopptempo die Annahme, nachdem von keiner Seite Wortmeldungen erfolgt waren. In der nächsten Sitzung protestierte nun die sozialdemokratische Fraktion gegen diese tendenziöse Berichterstattung der bürgerlichen Presse.

Aus dem Gerichtssaal.

Wozu Offiziersburschen da sind. Eine merkwürdige Anklage, der eine noch merkwürdigere „Sachbeschädigung" zugrunde lag, bildete am Dienstag, wie wir der „M. Post" entnehmen, den Verhandlungsgegenstand einer Schöffengerichtssitzung. Der ledige Taglöhner Georg Esterer war als Soldat des 4. Chevaulegerregiments dem Oberleutnant Otto Jäger als Bursche zugeteilt worden. In dieser Eigenschaft hatte er auch die Obsorge für zwei dem Oberleutnant gehörige Rennpferde, die unter dem Namen Lebfidel und Zigeuner in der Sportwelt bekannt sind. Esterer wurde nun wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten und mehrfacher Tierquälereien von seinem Herren dem Regiment gemeldet und auch mehrmals mit Arrest bestraft. Um sich an dem Oberleutnant zu rächen, soll nun Esterer im Frühjahr 1911 die Stute Lebfidel von dem Hengst haben decken lassen, um so seinen Herrn zu schädigen. Oberleutnant Jäger konnte denn auch die Stute während der Zeit der Trächtigkeit nicht laufen lassen und behauptet, das Tier, das ihm kurz vorher noch 16000 Mk. geholt hatte, sei jetzt, nachdem es abgefohlt habe, für ihn völlig unbrauchbar geworden. Es wurde deshalb wirklich auch von Amts wegen gegen Esterer Anklage wegen Sachbeschädigung erhoben. Vor Gericht machte dieser geltend, daß der Hengst während seiner Abwesenheit vom Stall aus der Box ausgebrochen sei und in dieser Zeit die Stute gedeckt haben müsse. Da ein strikter Nachweis für das schuldhafte Vorgehen Esterers nicht erbracht werden konnte, erkannte das Schöffengericht auf Freisprechung. — Mit der Angelegenheit wird sich nun wohl auch das Kriegsministerium befassen. Denn der seiner Dienstpflicht genügende Soldat wurde sicher nicht zu dem Zweck als Offiziersbursche abkommandiert, damit der Leutnant einen Wärter für die seinen privaten Erwerbszwecken dienenden Rennpferde ersparen konnte.

Aus Nah und Fern.

Niedergebranntes Dorf. Donnerstag brannte das Dorf Warnhofen zum größten Teil nieder. Der Sturm verbreitete das Feuer mit rasender Schnelligkeit, sodaß viele Bewohner nur das nackte Leben retten konnten.

Mord aus Eifersucht. Der Schlachtergeselle Iglofstein in Staßfurt unterhielt ein Liebesverhältnis mit der Ehefrau des Bergarbeiters Schlottke. In letzterer Zeit glaubte derselbe Grund zur Eifersucht zu haben, und so kam es zu Zwistigkeiten zwischen den beiden, in deren Verlauf der Schlachtergeselle der Frau mit einem Schlachtmesser Verletzungen an Brust und Hals beibrachte, die den Tod der Frau zur Folge hatten. Der Mörder wollte sich darauf das Messer in das Herz stoßen; dabei brach die Spitze des Messers ab. Nun sprang er vom Hausflur auf das Dach, um sich hinunter zu stürzen, brach aber vorher infolge starken Blutverlustes zusammen. Die Polizei mußte den Mörder in sterbendem Zustande vom Dache herunterholen und ins Krankenhaus schaffen.

Risiko der Arbeit. Beim Dichten eines schadhaften Dampfrohres auf Schacht I der Zeche „Scharnhorst" wurden durch ausströmenden Dampf zwei Schachthauer schwer verbrüht. Ein dritter stürzte in den Schacht und war sofort tot. Der betreffende Schacht dient nur zur Förderung von Holz und Gestein.

3 Knaben ertrunken. Im Bottropteich der Rheinbaben-Schächte sind gestern drei elfjährige Knaben eingebrochen und ertrunken. Die Leichen sind geborgen.

Der Staatsanwalt darf auch auf der Bühne kein Spitzbube sein. Paul Lindau hat sein Schauspiel „Der Andere“, das vor 20 Jahren erschienen ist, kürzlich für das Kino umgearbeitet. In dem Stück führt ein Staatsanwalt ein Doppelleben als Verbrecher und Staatsanwalt insofern, als er im Dämmerungszustand Verkehr mit Verbrechern sucht und auch an deren Gewerbe teilnimmt. Die Polizei in Frankfurt a. M. hat sich nun das lustige Zensurstückchen erlaubt, den Staatsanwalt in einen Rechtsanwalt umzuwandeln, damit die Autorität der hohen Staatsbehörde, die das Verbrechertum zu bekämpfen hat, nicht erschüttert werde. Ein Rechtsanwalt kann anscheinend, ohne das sittliche Gefühl zu verletzen, ein Spitzbube sein.

Eine Berlepsch-Spende. Wie „Der christliche Holzarbeiter berichtet, hat die Gesellschaft für soziale Reform beschlossen, den 70. Geburtstag ihres Vorsitzenden durch Gründung eines „Berlepschfonds“ zu ehren. Der Fonds soll ausschließlich aus Beiträgen der einzelnen Mitglieder jener Organisationen gebildet werden, die der Gesellschaft für soziale Reform angeschlossen sind. Dieser Fonds soll zur Förderung sozialer Bestrebungen verwendet werden. Das Blatt kündigt an, daß den Vertrauensleuten demnächst 10-Pfg.-Marken zugehen, die an die Mitglieder abgesetzt werden sollen.

Schwere Bluttat. Zwei Matrosen, ein Däne und ein Deutscher, wurden in Philippeville wegen Zechprellereien verhaftet und auf das Polizeiamt geführt. Im Verlauf des Verhörs zog plötzlich der Däne ein Messer und tötete den Polizeiagenten, indem er ihm die Gurgel durchschnitt.

Eine ganze Familie ertrunken. Ein schweres Unglück ereignete sich in dem holländischen Orte Oldolamer. Ein zehnjähriger Knabe brach auf dem Weiher des Ortes ein und geriet unter das Eis. Seine zwölfjährige Schwester versuchte ihren Bruder zu retten, kam aber auch unter die Eisdecke. Auf die Hilferufe eilte die Mutter herbei, die sich ins Wasser stürzte. Auch sie fand ihren Tod durch Ertrinken.

Ein Dampfer in Flammen. Ein großer unbekannter Dampfer steht in der Meerenge von Gibraltar vollständig in Flammen.

Durch einen Polizeihund ermittelt. Mittwoch brannte das Hotel „Felsenburg“ in Böchstein bei Gastein zum größten Teil nieder. Es liegt Brandstiftung vor. Das Gebäude war mit 100 000 Kronen versichert, der Schaden beträgt etwa 70 000 Kronen. Ein Pfalzburger Polizeihund hat, erst nach 17 Stunden auf die Spur des Täters gesetzt, diesen aufgespürt und zwar in dem Tischlermeister Neubauer, über den das Konkursverfahren verhängt war und der Besitzer des niedergebrannten Hotels ist. Neubauer wurde sofort verhaftet.

Schweres Unglück. An Bord des französischen Unterseebootes „Mariotte“, im Hafen von Brest, explodierte ein Petroleumkochofen. Die Kleidung zweier in der Nähe befindlicher Unteroffiziere fing Feuer, und im Nu standen beide in hellen Flammen. Die Unglücklichen stürzten sich brennend in das Meer, um die Flammen zu ersticken. Es gelang schließlich, beide an Land zu bringen, doch hatten sie bereits so schwere Brandwunden erlitten, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen dürften.

Im Wahnsinn. In Wehen (Taunus) ermordete der Metzgermeister Nassauer seine 17jährige Tochter sowie das Dienstmädchen und verübte dann Selbstmord. Der Mörder hat offenbar im Wahnsinn gehandelt.

72 Bergleute getötet. Bei einer Explosion auf dem Swahstea-Bergwerk unweit Winnipeg (Manitoba, Amerika) wurden 72 Bergleute getötet.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Helene Stührenberg
Rudolf Wagner
Verlobte.
Lübeck, im Februar 1913. (1294

Verband der
Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.
Distrikt Stockelsdorf.

Am 20. Februar starb unser Mitglied, der Kollege
Wilh. Schoppenhauer.
Ehre seinem Andenken!
Die Trauerfeier beginnt um 1¼ Uhr, die Beerdigung um 1½ Uhr von der Leichenhalle des Vorwerker Friedhofs aus.
Sammeln der Kollegen im „Weißen Hirsch“ **12¾ Uhr.**
1313) **Die Distriktsleitung.**

Tischlerlehrling
zu Ostern ges., geg. Vergütung. (1310
J. Kopetzky, Travelmannstr. 47.

Bäcker- u. Konditorlehrling
Suche zu Ostern einen Lehrling unter sehr günstigen Bedingungen.
Lang. Lohberg 49. **Paul Burmester,** Dampfbäckerei und Konditorei mit elektrischem Betrieb. (1311

Freundlich möbliert. **Zimmer** für 1 oder 2 Personen. (1291
Waisenhofstr. 35, II. l.

Ein freundl. Zimmer
zu vermieten. (1299
Westhoffstraße 37, I.

Z. 1. April eine **Wohnung** Elsvigstr. 19 für 140 Mk. zu vermiet.
1290) Näh. an der Mauer 82.

Zum 1. April große **Parterre-Wohnung mit Werkstatt,** auch pass. als Lagerraum. (1330
Hundestraße 73.

Kleines Haus i. d. Georgstr. zu verkauf., enthaltend 2 Wohnungen. Näheres Dornestr. 20 a. (1297

1 guterh. Sitz- u. Liegewagen
mit Gummireifen billig zu verkauf.
1321) Johannisstr. 45. part. l. Fl.

Ein guterh. Jünglings-Paletot
preiswert zu verkaufen.
1320) Vorbeckstraße 18a.

Kentjefeld, Küchenstr. (110
Bill. Baupl., 10 Min. v. d. el. Bahn.
R. Heinr. Sorge, Breite Str. 52 u. Schw.

Guterh. Sitz- u. Liegewagen
mit Gummireifen billig zu verkauf.
1298) Georgstraße 40, III.

Kinderwagen und Klappstuhl
unterhalten, billig zu verkaufen.
1300) Glockengießerstr. 70/10.

Zu verk. ein blaues Empirekleid, eine hellblaue Bluse und ein schwarzer Tuchrock mit Sammet.
1303) Hansastr. 113 I rechts.

Plüschgarn., Bettst., Spieg., Stühle, Tepp., Gardinen, Auszieht., Bettzg., Schlafzim.-Einricht., Küchenschrank, bill. z. verk. (1337) Johannisstr. 70.

Ein guterhalt. Kinderwagen
mit Gummireifen zu verkaufen.
1284) Brüderstraße 9a, I.

Ein Sitz- und Liegewagen
billig zu verkaufen.
1288) Brockesstraße 44, II.

Zerlegbarer Sportwagen
zu verkaufen.
1295) **Schrör,** Tremskamp 8.

Sofa, einf. Bettstelle, 3 Stühle, große Bohnen, Schalotten zu verkaufen. (1293) Westhoffstr. 37, II.

Eine **Glucke zu verkaufen oder zu vertauschen.**
1314) Schwartauer Allee 205 a.

Kanarien-Hähne und Weibchen
(St.S.) wegen Verkl. der Zucht billig abzugeben.
1302) Wakenitzmauer 9 a, 2. Et. l.

Eine große Partie Ferkel zu verkaufen.
Kläwer, (1308
Schwart. Allee 133.

Ein Satz Ferkel
und zwei Zugänger zu verkaufen.
1340) Ratzeburger Allee 25 a.

3 Satz Ferkel zu verkauf.
1281) **H. Lange, Mori.**

Zu kaufen gesucht ein gut erhalt. **Herrenschreibtisch.** Angebote mit Preis unter **S M** a. d. Exp. (1289

Zu verm. ein schickes **Maskenkostüm.** (1283) Warendorpstr. 60, I.

Ein f. neuer Maskenanzug zu verm. oder zu verkaufen. (Pierrette.)
1287) Friedenstr. 4.

50 schicke Damen-Masken-Kost. billig zu vermieten. (1019
Breite Straße 24, part. Flügel.

20 elegante Herren-Masken-Anzüge billig zu vermieten.
1223) Westhoffstraße 37, pt.

Mehrere **Herren- und Damen-Maskenkostüme** billig zu vermieten.
1301 Gr. Burgstr. 23, pt.

Kartoffelland z. pacht. ges.
a. l. auf mehrere Jahre. Angeb. an
1334) **J. Hamdorf,** Mühlendamm 2.

Kartoffelland,
gut gedüngt, □Rute 50 Pfg. ist zu verpachten. (1304
Callies, Wesloe.

Anna Bieninda, Friseurin
Rosengarten 5. (1285
Frisur 40 Pfg. Frisur 40 Pfg.

Aerztlicher Sonntagsdienst
am 23. Februar von 1 Uhr ab. (1286
Dr. med. Heddinga, Geibelplatz 1
Dr. med. Fr. Eschenburg, Hüxstr. 33.
Dr. med. Schlomer, Schw. Allee 9 a.

Visitkarten
— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.– an
liefert
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten :
Johannisstraße 46.

Ad. Hübner, Uhren- u. Goldwaren-handlg. u. Reparatur-werkstatt. (108) **Fünfhausen 13.**

Möbel 1329
Diverse Schlafzimmer, Vertikos, Kommoden, Schränke, Küchenschr., Waschtische usw. billigst.
Möbelhandlung Hüxstr. 107,
Hinterhaus 2. Etage.
Zu besehen abends zwischen 7 und 9 Uhr und Sonntags vormittags.

Kartoffeln
Gelbkochende Magnum bonum
10 Pfd. **35** Pfg., 100 Pfd. **2.75** Mk.
Blaue französische
10 Pfd. **40** Pfg., 100 Pfd. **3.25** Mk.
10 Pfd. **Weißkohl 35** Pfg.
Wilhelm Süfke 1322
Fernspr. 1746. Warendorpstraße 25.

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Löb. Volksb.

Bekanntmachung.
Es wird empfohlen zu kochen:

Montag	Knorr-Grünkernsuppe
Dienstag	„ Reissuppe
Mittwoch	Knorr-Eierriebelesuppe
Donnerstag	„ Königinsuppe
Freitag	Knorr-Erbsensuppe
Sonnabend	„ Blumenkohlsuppe
Sonntag	Knorr-Rumfordsuppe

Jeden Tag für **10** Pfennig 3 Teller feine Suppe.
Nach dem Urteil der Kenner sind 1307
Knorr-Suppen — die besten.

Zentral-Verband der Fleischer und Berufsgen. Deutschlands.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Einladung zum Ball
verbunden mit Kappenfest
am Sonntag, d. 23. Februar 1913
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Eintritt für Herren 50 Pfg., Garderobe 20 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
1134) **Das Komitee.**

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
1) **Billigste Preise.**
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Alle Sorten
Weine und Spirituosen
auch im Kleinverkauf u. Ausschank
290) empfiehlt
J. Höppner, Beckergr. 66.

Prima lebende Brachsen
jetzt täglich zu haben. (1319
H. Roßbach, Fackenb. Allee 19 b.
Bei der Kirchenstraße.

Schönes trockenes
Buchen-Abfallholz
ab Fabrik 80 Pfg. und frei Haus 1 Mk. pro Sack. (4
F. E. Schacht & Co.,
Tel. 239. Moislinger Allee 41.

Alle Sorten Brennmaterialien
liefert zu billigst. Preisen frei Haus
Hans Lübcke,
Wickedestr. 33-35. Teleph. 2378.
Bei Lieferung (112
ab Lager ermäßigte Preise.

Erstklassige Kautabake
v. Grimm & Triepel, Nordhausen
sind überall zu haben. 291

Achtung!
Gewerkschaftsvorstände!
Die Gewerkschaften u. Vereine, die im Jahre 1913/14 ihre Vergnügungen im Gewerkschaftshaus abzuhalten gedenken, werden freundlichst ersucht, dies beim Ökonom, Genossen Kluth, bis zum 15. März schriftlich einzureichen. 1275
Die Gewerkschaftshauskommission.

Gewerkschaftshaus
Lübeck, Johannisstraße 50-52
ff. gepflegte Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
ff. Mittagstisch ff. von 12—2 Uhr,
107) 65 Pfg.

Achtung! Achtung!
Kohlenarbeiter!
Versammlung
am Dienstag, d. 25. Februar
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50—52.
Tagesordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.
1306) **Der Vorstand.**
NB. Das Erscheinen der Kollegen ist dringend erforderlich. **D. O.**

Zentral-Hallen
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
2) **H. Pagel.**

Neu-Lauerhof.
111) Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen.

Wilhelm-Theater.
113) Jeden Sonntag:
Große Ballmusik.

Weisser Engel
Jeden Sonntag:
Freier Tanz.
Eintritt frei. (114) **Bernh. Boidt.**

Adlershorst. (106)
Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen**

Hansa-Halle
Morgen Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen
1327) **J. Rieck.**
NB. Am 2. März:
Großer öffentl. Maskenball.

Zum Ball und Kappen-Fest
des
Radfahrervereins Groß-Parin
am 23. Februar
im Lokale des Herrn **Dettmann**
ladet freundlichst ein
1303) **Der Vorstand.**

Oeffentliche politische Versammlungen.

Grosse Volksversammlungen

finden statt: 1328

Lübeck. Dienstag, den 25. Februar, abends 8½ Uhr
im Saale des Etablissements „Flora“, Nebenhofstraße.

Schlutup. Mittwoch, den 26. Februar, abends 8 Uhr
im Saale des „Gasthauses zur Post“.

Lübeck. Donnerstag, den 27. Februar, abends 8½ Uhr
im Saale des „Weißen Engel“, Ratzeburger Allee 29.

Lübeck. Freitag, den 28. Februar, abends 8½ Uhr
im Saale des „Neu-Lauerhof“, Arnimstraße 33.

Travemünde. Sonnabend, den 1. März, abends 7½ Uhr
im Saale des „Kolosseum“, Torstraße 1.

Moisling. Sonntag, den 2. März, nachmittags 4 Uhr
im Saale von „Schreibers Kaffeehaus“.

Tagesordnung in allen Versammlungen (mit Ausnahme von Moisling):

1. Die Frau und der politische Kampf.

Referentin: Frau **Johanne Reitze** aus Bremen-Vegesack.

2. Freie Aussprache für jedermann.

Frauen und Mädchen des werktätigen Volkes! Aus Anlass des Internationalen Sozialistischen Frauentags, an dem demonstriert werden soll für die Erringung des Frauenwahlrechts und die volle Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, sind obige Versammlungen einberufen worden. In einer Zeit, wo allein in Deutschland mehr als zehn Millionen Frauen im Erwerbsleben stehen, muss endlich auch das letzte Frauenhirn mit Aufklärung und Klassenbewusstsein erfüllt werden. Alle Frauen und jedes über 18 Jahre alte Mädchen sollten in diesen Versammlungen erscheinen. Massenbesuch erwartet

Die Einberuferin.
Frau **Else Schlomer**, Schwartauer Allee 9.

Kalnbergs Variété
Sonntag Beginn 7 Uhr.
Schlager auf Schlager!
Lachen ohne Ende!
2 Possen 2.
Auf allen Plätzen 40 Pfg. 1324

„Tivoli“
Wakenitzmauer 9.
Sonntag:
Humorist. Bockbier-Abend
mit Unterhaltungsmusik.
1282) Fritz Hildebrand.

Friedr.-Franzhalle
Sonntag, 23. Februar
Großes humorist.
Bockbierfest
verbunden mit Tanz und Theateraufführung. (1326
Anfang 4 Uhr. Theateraufführ. 8 Uhr.
Eintritt frei. Kappen gratis.
Hierzu ladet freundlichst ein
L. Stamer, Endstation Krankenhaus.

Kaffeehaus Moisling. 1252
Groß. Maskenball
Kostüme und Friseur im Lokale.

Schlutup.
Gasthof
„Zum weißen Schwan“
Inh. K. Böge. (954
Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen.**
Gute Speisen. ff. Biere.

Konzerthaus Friedrichshof.
Morgen Sonntag, 23. Februar:
Große Volks-Maskerade
verbunden mit Kappenfest für Zuschauer.
Lokalöffnung 5 Uhr. Ende morgens.
Maskenzug 7½ Uhr.
Maskenkostüme sind von 2 Uhr an im Lokal zu haben. **Friseur** anwesend. (1296) **G. Müller.**

St. Gertrud- Liedertafel.
Großes Kappenfest
am Sonnabend, dem 1. März 1913,
in H. Kabens „Gesellschaftshaus Marli“.
Anfang 8 Uhr. (1305) Ende 4 Uhr.
Karten sind beim Komitee in Empfang zu nehmen. **Das Komitee.**

Zentral-Hallen.
Sonntag, den 2. März:
II. große öffentliche Volksmaskerade.
Vorverkaufskarten sind im Lokal zu haben. (1336

Konzerthaus „Flora“.
(1303) Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

Seefahrer-Krankenkasse. E. H. Nr. 16.
Ordentliche **General-Versammlung**
am Sonntag, dem 23. Februar 1913, nachmittags 4 Uhr,
im Lokale des Herrn J. Jürß, Engelsgrube 59. 968
Tages-Ordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahlen. 3. Verschiedenes.
Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Einladung zur Feier des : 24. Stiftungs-Festes :
der
Lübecker Genossenschafts-Bäckerei
e. G. m. b. H. e. G. m. b. H.
bestehend in **Konzert, Vorträgen** und **Ball**
unter gütiger Mitwirkung von Frau **Tilly Schmidt**,
sowie der Herren **G. Brunow, J. Heydecker**
und Kapellmeister **Weigert** (Mitglieder des hies. Stadttheaters)
am Montag, dem 24. Februar 1913
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße.
Lokalöffnung 7½ Uhr. (1058) Anfang 8 Uhr.
Kartenpreis **70** Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein
Der Aufsichtsrat und Vorstand.

Waisen-Hof.
Sonntag: **Große Tanz-Musik.**
316) Gustav Gipp.

Tonhalle
Die Heldin von Moulin-Rouge
Großes Drama in 3 Akten.
Die Sünden unserer Zeit.
Großer nordischer Schlager in 3 Akten. (1339
Erlebnisse einer Dorf-Lehrerstochter in der Großstadt!

GRAPHISCHE LIEDERTAFEL
Morgen Sonntag, 23. ds.
Winter-Fest
im Konzerthaus Lübeck.
Männerchöre, gesangl. Teil der Oper „Joseph“ v. Méhul. Hierauf Ball. Anf. 6½ Uhr. Herrenkarte 80 Pfg., 1 Dame frei.

Konzerthaus
Zauberflöte.
Heute u. morgen letzte
diesjährige humoristische
Bockbierfeste
Jubel, Trubel, Humor und Stimmung.
Jeder amüsiert sich.
Anfang 7½ Uhr.
Sonntag (1318
schon um 4 Uhr.
Eintritt gänzlich frei.

Hansa-Theater
Täglich:
Rund um die Alster
mit Gebr. Wolf
in den Hauptrollen.
Anfang 8¼ Uhr Anfang
Kabarett ab 11 Uhr:
Bondi der urkomische **Lautenschläger**
mit seinem Damenflor von Künstlerinnen. (1322

Stadthallentheater.
Direktion: **E. Feldhusen.**
Sonntag, den 23. Februar 1913
nachmittags 3½ Uhr
50 Pfg. Volkst. Vorstlg. Einheitspr. a. all. Pl. 50 Pfg.
Auf Wunsch der Schlager:
Die abgetretene Frau.
Schwank in 3 Akten von J. Horst.
Kolossaler Lacherfolg.
Abends 8¼ Uhr:
Der sensationelle Erfolg
Die Doppel-Ehe.
Unerreichter Lacherfolg.
Bester Schwank seit Jahren.
Montag, den 24. Februar 1913
abends 8¼ Uhr
Volkstümliche Vorstellung.
50 Pfg. Einheitspreis 50 Pfg.
Das Modell.
Schwank von Lebrun.
Vorverkauf für alle Vorstellungen ohne Extragebühr bei den Herren **Friedr. Nagel**, Markt 14 und **Carl Roß**, Kohlmarkt 21. (1338

Neues Stadttheater.
Sonntag, den 23. Februar 1913.
Anfang 3 Uhr. Ende nach 5½ Uhr
Außer Abonnement. Kleine Preise
Gastspiel von **Frl. Martha Weber**
vom Stadttheater in Kiel.
La Traviata.
Oper von G. Verdi.
Violetta . . Martha Weber a. G.
Abends 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.
134. Vorst. im V.-Ab. Große Preise.
Fra Diavolo.
Oper von Auber. (1292
Montag, den 24. Februar 1913.
Anfang 7½ Uhr. Ende nach 10 Uhr.
135. V.-L. Voll-Ab. 22. V.-L. Montag-Ab.
Das Rheingold.
Von Richard Wagner.
(Vorabend a. d. Ring des Nibelungen)
Große Preise.
In Vorber.: **Frau Juttas Untreue.**
Schauspiel von Otto Anthes.
Weh dem, der lügt v. Grillparzer.
Die Abonnementskarten für März bis Mai können von heute ab an der Theaterkasse zwischen 11 und 2 Uhr eingelöst werden.